

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

an den Kantonsrat von Solothurn

vom 3. April 2018, RRB Nr. 2018/522



2019 – 2022

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2019 - 2022

Inhaltsverzeichnis

Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat		3
<hr/>		
I.	Einleitung	12
<hr/>		
1.	Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	12
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	12
3.	Zeitliche Koordination	12
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	12
5.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2018 - 2021	12
6.	Planungsgrundlagen	13
7.	Zukunftsrisiken	14
II.	Finanzielle Übersichten	15
<hr/>		
1.	Gesamtschau	15
2.	Ergebnisse	16
3.	Finanzkennzahlen	22
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2018 – 2021	24
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	27
III.	Verwaltungseinheiten	28
<hr/>		
1.	Behörden und Staatskanzlei	28
2.	Bau- und Justizdepartement	31
3.	Departement für Bildung und Kultur	45
4.	Finanzdepartement	51
5.	Departement des Innern	58
6.	Volkswirtschaftsdepartement	71
7.	Gerichte	76

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2019 - 2022

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 3. April 2018, RRB Nr. 2018/522

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Finanzplanvorgaben	7
1.2 Steuervorlage 17 (SV17)	7
1.2.1 Umsetzung der Steuervorlage 17 im Kanton Solothurn.....	8
1.3 Zukunftsrisiken.....	8
1.4 Gesetzliche Grundlagen	8
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	8
3. Rechtliches.....	9
4. Antrag.....	9
5. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2019 - 2022

in Mio. Franken	RE2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	102.6	83.8	72.3	-18.6	-10.5	-16.1
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-48.3	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Abwertung Alpiq-Aktien	26.8					
Operatives Ergebnis	-21.5	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
Finanzierungsfehlbetrag	42.5	63.0	81.3	169.4	117.8	178.8
Nettoverschuldung	1'413.0	1'476.0	1'557.3	1'726.8	1'844.6	2'023.4
Nettoverschuldung je Einwohner in Franken	5'175	5'399	5'640	6'193	6'553	7'119
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	64%	57%	47%	-12%	-10%	-10%

Die Zahlen im Voranschlag 2018 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2017 aktualisiert.

Die Rechnung 2017 zeigt an sich stabile finanzielle Verhältnisse. Ohne die notwendige Wertberichtigung der Alpiq-Aktien von 26,8 Mio. Franken hätte die Rechnung 2017 sogar mit einem Ertragsüberschuss von 21,0 Mio. Franken abgeschlossen. Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit weist, zum zweiten Mal nach 2016, einen Ertragsüberschuss von 48,3 Mio. Franken aus und ist sogar um 19,1 Mio. Franken besser ausgefallen als geplant. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 17,6 Mio. Franken.

Der Voranschlag 2018 zeigt nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Gesamtrechnung 2017 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2018 wieder mit einem Ertragsüberschuss gerechnet werden, nämlich mit 2,8 Mio. Franken (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken).

In den Jahren 2019 - 2022 verschlechtern sich die Zahlen aufgrund weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien) und insbesondere der finanziellen Auswirkungen der Steuervorlage 17 (ab 2020) merklich. Aufgrund der vorliegenden Zahlen muss mit einer Zunahme der Nettoverschuldung auf über 2 Mrd. Franken Ende 2022 gerechnet werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Die vergangene Legislaturperiode war prioritär vom Ziel der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts geprägt. Die zwei Massnahmenpläne 2013 und 2014 haben mitgeholfen, den Finanzhaushalt zu stabilisieren. Im neuen Legislaturplan 2017-2021 (SGB 0188/2017) wird die Erhaltung des Gleichgewichts des Finanzhaushaltes weiterhin als eines der wichtigsten Ziele für die Stärkung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn definiert.

Die Rechnungen der letzten Jahre zeigten, dass die Anstrengungen für die Sanierung des Finanzhaushaltes ihre Wirkungen nicht verfehlten. Im Jahr 2016 schloss die operative Rechnung aus der Verwaltungstätigkeit erstmals wieder mit einem Ertragsüberschuss von 30,7 Mio. Franken ab, dies um 39,3 Mio. Franken besser als die Rechnung 2015. In der Rechnung 2017 ist das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 19,1 Mio. Franken besser ausgefallen als geplant und weist einen Ertragsüberschuss von 48,3 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit nochmals um 17,6 Mio. Franken.

Der Voranschlag 2018 zeigt trotz weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien) nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Gesamtrechnung 2017 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2018 wieder mit einem Ertragsüberschuss gerechnet werden, nämlich mit 2,8 Mio. Franken (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken).

1.1 Finanzplanvorgaben

Mit den Finanzplanvorentscheidungen I zum vorliegenden IAFP vom 29. Januar 2018 (RBB Nr. 2018/130) wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und zu realisieren, die es erlauben sollten, für das Jahr 2019 ein ausgeglichenes Gesamtergebnis zu erzielen. Für die Jahre 2020 - 2022 soll der Aufwandüberschuss maximal den finanziellen Auswirkungen der Steuervorlage 17 entsprechen.

1.2 Steuervorlage 17 (SV17)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2018 die Eckwerte für die Botschaft zur SV17 beschlossen. Aufgrund der Ergebnisse aus der Vernehmlassung hat sich der Bundesrat entschieden, dass der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer auf 21,2 Prozent erhöht werden soll. Mit dieser Anpassung wird die wichtigste Forderung der Kantone und Gemeinden erfüllt. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, bis Ende März 2018 die Botschaft auszuarbeiten. Zusammen mit der Botschaft wird das EFD zudem eine Schätzung der dynamischen finanziellen Auswirkungen der SV17 auf Bund und Kantone ausarbeiten. Die parlamentarische Beratung sollte in der Herbstsession 2018 abgeschlossen werden. Wird kein Referendum ergriffen, könnten erste Massnahmen der SV17 auf Anfang 2019 und der Hauptteil der Massnahmen ab 2020 in Kraft treten.

1.2.1 Umsetzung der Steuervorlage 17 im Kanton Solothurn

In einem ersten Schritt erarbeiteten die Projektgremien Vorschläge mit Alternativen für die Eckwerte zur Umsetzung der SV17 im Kanton Solothurn. Am 4. April 2018 präsentiert der Regierungsrat die Eckwerte für die Umsetzung der Steuervorlage und verabschiedet eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage. Der Regierungsrat hält an der Vorwärtsstrategie, welche er bereits für die Umsetzung der USR III geplant hatte, fest. Sie sieht eine markante Senkung des effektiven Gewinnsteuersatzes von bisher maximal 21,6% auf 13% mit einer minimalen Beteiligung der Gemeinden vor. Er will die Restbelastung für die Gemeinden durch die Steuermindererträge bei den juristischen Personen auf 5% der einfachen Staatssteuer befristet beschränken. Er bejaht weiter, die von der Steuerreform begünstigten Unternehmen zur Finanzierung von flankierenden Massnahmen im Umfang von insgesamt maximal 30 Mio. Franken zu verpflichten. Enthalten sind dabei 7,8 Mio. Franken zur Finanzierung flankierender Massnahmen im Sozialbereich (Ergänzungsleistungen für Familien) und im Bildungsbereich (IT-Bildungsoffensive), welche für die Staatsrechnung erfolgswirksam sind. Nach dem aktuellen Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Neuerungen aufgrund der SV17 auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten sollen. Im Finanzplan 2019 – 2022 wird deshalb ab 2020 von einem Defizit in der Höhe von rund 100 Mio. Franken ausgegangen. Zieht man die im Defizit enthaltene PKSO-Abschreibung von jährlich 27,3 Mio. Franken (welche gemäss § 23^{bis} Abs. 3 WoV-G keine Auswirkungen auf das für die Defizitbremse wirksame Kapital hat) ab, bedeutet dies noch einen Eigenkapitalverzehr von ca. 75 Mio. Franken jährlich bzw. für die ersten drei Jahre nach Inkrafttreten der SV 17 einen kumulierten Eigenkapitalverzehr von ca. 225 Mio. Franken, was den Bilanzüberschuss per Ende der IAFP-Periode auf 210 Mio. Franken schmelzen lässt. Gemäss Legislaturplan Punkt B 1.1.1 muss ein Massnahmenplan ins Auge gefasst werden, wenn das anrechenbare Kapital auf unter 100 Mio. Franken zu sinken droht. Damit soll verhindert werden, dass die Defizitbremse in Kraft tritt, die zu einer Steuererhöhung führen würde.

1.3 Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich erhebliche Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2019 - 2022 sind die drohenden Ausfälle beim NFA-Ressourcenausgleich aufgrund der Reformvorschläge des Wirksamkeitsberichts 2016 - 2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen vom März 2018 (Reduktion der Gesamtdotation des Ressourcenausgleichs) sowie die Auswirkungen der Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt, weil nur statische Prognosen möglich sind. Diese dürften aber den NFA-Ressourcenausgleich nachhaltig beeinflussen.

1.4 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann

nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Roland Heim
Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

5. **Beschlussesentwurf**

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2019 - 2022

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 3. April 2018 (RRB Nr. 2018/522), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2022 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen. Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen/ Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die

gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannten Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2017 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2017 - 2021.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Botschaften basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte vom Parlament oder von der Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte, bei denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt.

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht zu werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Geschäfte auf dem aktuellen Stand transparent dargestellt.

1.5. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2018 – 2021

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2018 – 2021 sind im neuen IAFP 2019 – 2022 die folgenden zusätzlichen Mehrbelastungen und Mindererträge dazugekommen:

Steuervorlage 17 (SV17)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2018 die Eckwerte für die Botschaft zur SV17 beschlossen. Aufgrund der Ergebnisse aus der Vernehmlassung hat sich der Bundesrat entschieden, dass der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer auf 21,2 Prozent erhöht werden soll. Mit dieser Anpassung wird die wichtigste Forderung der Kantone und Gemeinden erfüllt. Der Bundesrat hat am 21. März 2018 die Botschaft zur SV17 veröffentlicht. Die parlamentarische Beratung sollte in der Herbstsession 2018 abgeschlossen werden. Wird kein Referendum ergriffen, könnten erste Massnahmen der SV17 auf Anfang 2019 und der Hauptteil der Massnahmen ab 2020 in Kraft treten.

Umsetzung der SV17 im Kanton Solothurn

In einem ersten Schritt erarbeiteten die Projektgremien Vorschläge mit Alternativen für die Eckwerte zur Umsetzung der SV17 im Kanton Solothurn. Am 4. April

2018 präsentiert der Regierungsrat die Eckwerte für die Umsetzung der Steuervorlage und verabschiedet eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage. Der Regierungsrat hält an der Vorwärtsstrategie, welche sie bereits für die Umsetzung der USR III geplant hatte, fest. Sie sieht eine markante Senkung des effektiven Gewinnsteuersatzes von bisher maximal 21,6% auf 13% mit einer minimalen Beteiligung der Gemeinden vor. Er will die Restbelastung für die Gemeinden durch die Steuerermindererträge bei den juristischen Personen auf 5% der einfachen Staatssteuer befristet beschränken. Er bejaht weiter, die von der Steuerreform begünstigten Unternehmen zur Finanzierung von flankierenden Massnahmen im Umfang von insgesamt maximal 30 Mio. Franken zu verpflichten. Enthalten sind dabei 7,5 Mio. Franken zur Finanzierung flankierender Massnahmen im Sozialbereich (Ergänzungsleistungen für Familien) und im Bildungsbereich (IT-Bildungsoffensive), welche für die Staatsrechnung erfolgswirksam sind. Nach dem aktuellen Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Neuerungen aufgrund der SV17 auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten sollen. Im Finanzplan 2019 – 2022 wird deshalb ab 2020 von einem Defizit in der Höhe von rund 100 Mio. Franken ausgegangen. Zieht man die im Defizit enthaltene PKSO-Abschreibung von jährlich 27,3 Mio. Franken (welche gemäss § 23bis Abs. 3 WoV-G keine Auswirkungen auf das für die Defizitbremse wirksame Kapital hat) ab, bedeutet dies noch einen Eigenkapitalverzehr von ca. 75 Mio. Franken jährlich bzw. für ersten drei Jahre nach Inkrafttreten der SV 17 einen kumulierten Eigenkapitalverzehr von ca. 225 Mio. Franken, was den Bilanzüberschuss per Ende der IAFP-Periode auf ca. 210 Mio. Franken schmelzen lässt. Je nach Entwicklung der Spezialfinanzierungen kann dieser Betrag noch variieren. Gemäss Legislaturplan Punkt B 1.1.1. muss ein Massnahmenplan ins Auge gefasst werden, wenn das anrechenbare Kapital auf unter 100 Mio. Franken zu sinken droht. Damit soll verhindert werden, dass die Defizitbremse in Kraft tritt, die zu einer Steuererhöhung führen würde.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer weiteren Erholung der Konjunktur aus. Es rechnet im Bereich der natürlichen Personen bei den Steuern mit einem jährlichen Wachstum von rund 1,5%. Der IAFP 2019 – 2022 rechnet für die Jahre 2019 bis 2022 bei den natürlichen Personen mit einem Steuerfuss von 104%. Bei den juristischen Personen rechnet der IAFP 2019 – 2022 für das Jahr 2019 mit einem Steuerfuss von 100%. Ab dem Jahr 2020 soll aufgrund der Steuervorlage 17 die Gesamtbelastung für juristische Personen gesenkt werden. Für die kantonalen Steuern bedeutet dies, dass der Ertrag ab 2020 massiv sinken wird.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz ist im 4. Quartal 2017 um überdurchschnittliche 0,6% gewachsen. Das Wachstum war breit über die Wirtschaftssektoren abgestützt. Für das gesamte Jahr 2017

resultierte eine provisorische Wachstumsrate des realen BIP von 1,0%. Im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs prognostiziert die Expertengruppe des Bundes (SECO, 19. Dezember 2017) für 2018 ein starkes BIP-Wachstum von 2,3% und für 2019 solide 1,9%. Dazu tragen sowohl der Aussenhandel als auch die Binnenwirtschaft bei. Im Zuge der schwungvollen Konjunkturerholung wird sich die Aufhellung am Arbeitsmarkt in den nächsten Quartalen fortsetzen. Für das Jahr 2017 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Kanton Solothurn 2,8% (Vorjahr 3,0%; CH 2017: 3,2%). Im weiteren Prognosehorizont sollte sich die Erholung am Arbeitsmarkt festigen. Für die Beschäftigung prognostiziert die Expertengruppe einen weiteren Zuwachs um 1,2% (2018) und um 1,0% (2019). Derweil dürfte die Arbeitslosenquote in der Schweiz auf 2,9% (2018) und schliesslich 2,8% (2019) zurückgehen.

Teuerung

Die Teuerung normalisierte sich 2017, getragen durch die Erdölpreise, auf jahresdurchschnittliche 0,5%. Für 2018 ist angesichts der jüngsten Senkung des Referenzzinssatzes mit Mietzinssenkungen zu rechnen, so dass die Teuerung auf 0,3% zurückgeht. Für 2019 erwartet die Expertengruppe eine Teuerung von 0,7%.

Lohnmassnahmen

Die Inflation ist zurzeit in der Schweiz noch kein grosses Thema. Die durchschnittliche Jahresteuern 2017 betrug 0,5%. Die Lohnmassnahmen werden aber alljährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt, weshalb im IAFP keine solchen enthalten sind. Der Regierungsrat behält sich jedoch ausdrücklich vor, die Löhne in den Jahren 2019 – 2022 der Teuerung anzupassen.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 2'700 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2017.

Gewinnausschüttung SNB

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) weist für das Geschäftsjahr 2017 einen Gewinn von 54,4 Mrd. Franken aus (Vorjahr: 24,5 Mrd. Franken). Aufgrund dieser Zahlen steht dem Bund und den Kantonen neben der ordentlichen Gewinnausschüttung von 1 Mrd. Franken eine Zusatzausschüttung von 1 Mrd. Franken zu, da die Ausschüttungsreserve nach Gewinnverwendung den Betrag von 20 Mrd. Franken übersteigt. Der auszuschüttende Betrag von insgesamt 2 Mrd. Franken geht zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Die Regeln für die Gewinnausschüttung sind in der Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Nationalbank vom 9. November 2016 festgehalten. Aufgrund der Volatilität der Gewinne der SNB und der Erfahrungen der letzten Jahre wird in den Jahren 2019 – 2022 wieder eine ordentliche Gewinnausschüttung von jährlich 21,4 Mio. Franken eingeplant.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind im IAFP 2019 – 2022 enthalten. Die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden sind entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten).

Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2019 - 2022 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau.

Für den IAFP 2019 – 2022 basieren die Zahlen aus dem aktualisierten Schätzmodell der FkF (Fachgruppe für kantonale Finanzfragen) für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK (Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung) vom Mai 2017.

Nicht berücksichtigt sind die drohenden Ausfälle beim NFA-Ressourcenausgleich aufgrund der Reformvorschläge des Wirksamkeitsberichts 2016 – 2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen vom März 2018 sowie die Auswirkungen der Steuervorlage 17.

Sanierung Stadtmist-Deponien Solothurn

Für den Stadtmist Solothurn wurde im Herbst 2016 die Totalunternehmenssubmission abgeschlossen. Eine verbindliche Offerte für die Sanierung, bzw. die Totaldekontamination der Deponien liegt vor. Die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Umwelt sind im Gange. Der Beginn der Sanierungsarbeiten ist für 2019 vorgesehen. Aufgrund der Offerte ist mit Gesamtkosten für die Sanierung von brutto rund 120 Mio. Franken zu rechnen. An diesen beteiligt sich der Bund mit 40%, sofern er die Totaldekontamination als altlastenrechtlich notwendige Massnahme anerkennt. Die Entnahmen aus der „Finanzierung Wasserwirtschaft und Altlasten gemäss GWBA“ belaufen sich in diesem Fall für die Jahre 2019 bis 2022 auf netto 3,4 – 5,6 Mio. Franken pro Jahr. Falls der Bund nur eine technische Sicherung als altlastenrechtlich notwendige Massnahme für ausreichend hält, Stadt und Kanton aber dennoch die Totaldekontamination durchführen und die Differenz des Bundesbeitrages selber aufbringen, erhöhen

sich die Entnahmen aus der „Finanzierung Wasserwirtschaft und Altlasten gemäss GWBA“ für die Jahre 2019 bis 2022 auf jährlich netto 3,6 – 5,9 Mio. Franken. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten sind die höheren Beträge im aktuellen IAFP enthalten.

Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen

Die Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen wird ab 2019 unter der Federführung des Amtes für Umwelt mit einem Pilotprojekt begonnen werden. Für 2019 ist mit einer Entnahme aus der „Finanzierung Wasserwirtschaft und Altlasten gemäss GWBA“ von 1 Mio. Franken zu rechnen, in den folgenden Jahren (über 2022 hinaus) mit jeweils 2,7 Mio. Franken pro Jahr.

Die Sanierung der Böden in der Sanierungszone Dornach wird die „Finanzierung Wasserwirtschaft und Altlasten gemäss GWBA“ in den Jahren 2019 bis 2020 mit jeweils 0,8 Mio. Franken belasten und danach abgeschlossen sein.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 15. März 2018. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2017 (RRB Nr. 2018/458 vom 27. März 2018) und des Voranschlags 2018 (KRB Nr. 0156/2017 vom 20. Dezember 2017).

Legislaturplan

Der Regierungsrat hat den Legislaturplan 2017 – 2021 am 31. Oktober 2017 zu Handen des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 2017/1803). Der Legislaturplan 2017 – 2021 orientiert sich am Machbaren. Die kantonale Umsetzung und die Auswirkungen der Steuervorlage 17 des Bundes (SV 17) werden die Finanzplanung und damit die Finanzlage des Kantons entscheidend prägen. Um das übergeordnete Ziel eines stabilisierten Staatshaushaltes erreichen zu können, wird der Regierungsrat zu gegebener Zeit einen entsprechenden Massnahmenplan unterbreiten.

1.7. Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich erhebliche Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Im vorliegenden IAFP 2019 – 2022 sind die drohenden Ausfälle beim NFA-Ressourcenausgleich aufgrund der Reformvorschläge des Wirksamkeitsberichts 2016 – 2019 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen vom März 2018 (Reduktion der Gesamtdotation des Ressourcenausgleichs) sowie die Auswirkungen der Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt, weil nur statische Prognosen möglich sind bzw. die Wirkung erst in späteren Jahren eintreten wird. Diese dürften aber den NFA-Ressourcenausgleich nachhaltig beeinflussen.

2. Finanzielle Übersichten

2.1 Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten ist in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und wird hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

Die Rechnung 2017 zeigt an sich stabile finanzielle Verhältnisse. Der Voranschlag 2018 zeigt nochmals eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahreszahlen. Nachdem die Gesamtrechnung 2017 noch mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken abschliesst, kann erstmals seit Jahren im 2018 wieder mit einem Ertragsüberschuss gerechnet werden, nämlich mit 2,8 Mio. Franken (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken). In den Jahren 2019 - 2022 verschlechtern sich die Zahlen aufgrund weiterhin steigender Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien) und insbesondere der finanziellen Auswirkungen der Steuervorlage 17 (ab 2020) merklich. Aufgrund der vorliegenden Zahlen muss mit einer Zunahme der Nettoverschuldung auf über 2 Mrd. Franken per Ende 2022 gerechnet werden.

Grossprojekte

Geprägt ist die Investitionsrechnung von den Grossprojekten im Hochbau (Neubau Bürgerspital Solothurn und Sanierungen Kantonsschule Olten und Rosengarten) und den Wasserschutzbauten (Hochwasserschutzmassnahmen Aare und Emme).

Investitionsrechnung IAFP



Erfolgsrechnung IAFP



2.2 Ergebnisse

in Mio. Franken	RE2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Erfolgsrechnung						
Betriebsaufwand	2'102.5	2'162.4	2'207.0	2'277.8	2'305.9	2'324.5
Betriebsertrag	-2'149.0	-2'190.5	-2'221.0	-2'200.5	-2'227.8	-2'252.2
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	-46.5	-28.0	-14.0	77.3	78.1	72.2
Finanzaufwand	26.7	25.9	25.8	27.3	27.7	29.3
Finanzertrag	-28.5	-27.9	-26.2	-25.8	-33.8	-23.6
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-48.3	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Wertberichtigung Finanzvermögen						
Ausfinanzierung 'Ruhegehaltsordnung RR'						
Abwertung Alpiq-Aktien	26.8					
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-21.5	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2
Investitionsrechnung						
Investitionsausgaben	161.8	184.3	188.9	183.1	134.6	195.1
Investitionseinnahmen	-43.4	-37.5	-35.3	-32.3	-27.3	-32.4
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
- Abschreibungen Verw.vermögen/Inv.beiträge	-81.6	-81.0	-85.3	-87.4	-88.8	-89.1
+ Entnahme aus Eigenkapital	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2
Finanzierungsfehlbetrag	42.5	63.0	81.3	169.4	117.8	178.8
Für Defizitbremse relevantes Kapital						
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	435.6	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Franken	1'413.0	1'476.0	1'557.3	1'726.8	1'844.6	2'023.4
	5'175	5'353	5'594	6'143	6'499	7'062
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	64%	57%	47%	-12%	-10%	-10%

Die Zahlen im Voranschlag 2018 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2017 aktualisiert.

Für Defizitbremse relevantes Kapital

Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (AFU-Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital am 31.12.2017 gesamthaft 116,4 Mio. Franken. Für die Schuldenbremse ist jedoch das frei verfügbare Kapital massgebend.

Die Höhe der Nettoverschuldung ist insbesondere auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) zurückzuführen (Stand des Bilanzfehlbetrages Ausfinanzierung PKSO per 31.12.2017: 1'009,8 Mio. Franken).

Nettoverschuldung

Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Franken	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total alle Departemente						
Aufwand	2'183.3	2'215.6	2'260.1	2'332.4	2'360.8	2'381.0
Ertrag	-2'177.5	-2'218.4	-2'247.1	-2'226.3	-2'261.6	-2'275.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	19.2	19.3	19.4	19.4	19.5	19.5
Ertrag	-3.0	-3.0	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9
Verrechnungen	-8.7	-8.8	-8.9	-8.9	-8.9	-8.9
Saldo	7.6	7.5	7.6	7.6	7.7	7.7
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	241.8	248.5	251.3	257.6	258.5	259.6
Ertrag	-173.7	-174.6	-170.3	-170.2	-178.1	-167.5
Verrechnungen	-43.4	-39.9	-39.5	-39.5	-39.5	-39.5
Saldo	24.6	34.1	41.6	47.9	40.9	52.6
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	465.0	462.8	476.2	476.7	478.7	479.0
Ertrag	-62.3	-62.8	-61.8	-61.8	-62.1	-62.1
Verrechnungen	28.9	27.9	27.8	27.8	27.8	27.8
Saldo	431.6	427.8	442.1	442.6	444.4	444.7
4. Finanzdepartement						
Aufwand	183.0	154.0	155.3	159.8	160.6	161.2
Ertrag	-1'444.4	-1'454.5	-1'481.9	-1'452.2	-1'468.8	-1'483.8
Verrechnungen	21.2	21.4	20.2	15.1	15.1	15.1
Saldo	-1'240.2	-1'279.1	-1'306.5	-1'277.4	-1'293.1	-1'307.5
5. Departement des Innern						
Aufwand	1'019.3	1'068.9	1'095.0	1'123.7	1'153.5	1'176.7
Ertrag	-337.5	-361.3	-368.0	-383.8	-394.3	-404.0
Verrechnungen	2.3	1.7	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	684.1	709.3	728.9	741.8	761.1	774.5
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	228.9	237.9	238.1	270.4	265.3	260.2
Ertrag	-151.5	-156.9	-156.9	-150.1	-150.2	-150.2
Verrechnungen	-2.9	-4.9	-3.9	1.2	1.1	1.2
Saldo	74.4	76.1	77.3	121.5	116.3	111.2
7. Gerichte						
Aufwand	26.0	24.2	24.8	24.8	24.8	24.8
Ertrag	-5.1	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	2.7	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	23.7	21.5	22.0	22.0	22.0	22.0

Investitionsrechnung nach Departementen

in Mio. Franken	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total alle Departemente						
Ausgaben	161.8	184.3	188.9	183.1	134.6	195.1
Einnahmen	-43.4	-37.5	-35.3	-32.3	-27.3	-32.4
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	141.3	158.4	163.1	161.1	114.5	176.4
Einnahmen	-39.4	-32.1	-30.4	-27.4	-22.4	-27.5
Nettoinvestitionen	102.0	126.3	132.7	133.7	92.1	148.9
3. Bildung und Kultur						
Ausgaben	1.7	2.3	1.8	1.8	1.8	1.8
Einnahmen	-1.7	-2.0	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.0	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	11.5	13.0	13.0	8.9	6.5	6.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.4	13.0	13.0	8.9	6.5	6.5
5. Departement des Innern						
Ausgaben	2.7	4.4	3.7	4.8	5.3	3.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	4.4	3.7	4.8	5.3	3.8
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	4.5	6.3	7.3	6.6	6.6	6.6
Einnahmen	-2.3	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
Nettoinvestitionen	2.3	2.8	3.9	3.2	3.2	3.2
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Franken

RE 2017 VA 2018 FP 2019 FP 2020 FP 2021 FP 2022

3 Aufwand	2'183.3	2'215.6	2'260.1	2'332.4	2'360.8	2'381.0
30 Personalaufwand	437.0	444.5	452.4	454.7	456.5	457.7
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.5	7.7	7.7	7.7	7.7	7.7
301 Löhne des Verwaltungs-u.Betriebspersonal	280.3	285.3	290.4	291.4	292.4	293.4
302 Löhne der Lehrpersonen	79.9	80.0	81.3	82.2	82.7	82.7
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	62.0	63.8	65.0	65.4	65.7	65.9
306 Arbeitgeberleistungen	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2
309 Übriger Personalaufwand	3.9	4.3	4.5	4.5	4.5	4.5
31 Sach-und übriger Betriebsaufwand	180.8	186.8	185.1	188.6	189.0	187.3
310 Material-und Warenaufwand	17.6	17.9	17.0	17.1	17.2	17.1
311 Nicht aktivierbare Anlagen	8.4	10.5	11.0	9.5	9.8	9.4
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5.1	5.7	5.4	5.5	5.5	5.5
313 Dienstleistungen und Honorare	69.6	77.2	74.5	78.2	78.3	77.3
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	21.7	20.4	21.3	21.7	21.9	22.1
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	10.4	10.7	11.1	12.1	12.0	12.0
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	12.3	12.8	12.5	12.4	11.9	11.9
317 Spesenentschädigungen	3.7	4.0	4.1	4.1	4.1	4.1
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	26.1	21.7	21.9	21.9	21.9	21.9
319 Verschiedener Betriebsaufwand	5.9	5.8	6.2	6.1	6.3	6.0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	51.8	50.2	53.5	56.6	58.0	58.3
330 Sachanlagen VV	51.8	50.2	53.5	56.6	58.0	58.3
34 Finanzaufwand	53.6	25.9	25.8	27.3	27.7	29.3
340 Zinsaufwand	20.8	21.3	20.7	22.5	22.4	24.2
341 Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	0.3	0.2	0.5	0.2	0.6	0.4
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.4	1.0	1.3	1.3	1.3	1.3
344 Wertberichtigungen Anlagen FV	26.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
349 Verschiedener Finanzaufwand	4.3	3.4	3.4	3.3	3.3	3.3
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	0.5	2.7	3.4	5.2	5.5	6.0
350 Einlagen in Fonds+SF im Fremdkapital	0.5	2.7	3.4	5.2	5.5	6.0
36 Transferaufwand	1'343.6	1'390.0	1'424.7	1'484.8	1'508.4	1'526.4
360 Ertragsanteile an Dritte	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	105.7	106.9	107.3	107.8	108.4	109.0
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	84.2	85.3	84.7	85.3	85.9	86.4
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	21.5	21.5	22.5	22.5	22.5	22.5
362 Finanz- und Lastenausgleich	74.4	79.1	76.1	107.6	102.3	96.8
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'160.0	1'199.8	1'236.1	1'265.1	1'293.4	1'316.4
3630 Beiträge an den Bund	23.5	20.6	20.8	20.8	20.8	20.8
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.7	9.7	8.6	8.5	8.5	8.5
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	153.6	167.8	175.8	175.0	174.5	174.7
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	460.4	478.4	496.2	508.7	519.0	524.0
3635 Beiträge an private Unternehmungen	78.6	79.4	79.4	81.2	82.2	83.4
3636 Beiträge an priv.Org.ohne Erwerbszweck	4.8	4.6	4.7	4.7	4.7	4.7
3637 Beiträge an private Haushalte	430.4	439.3	450.7	466.2	483.7	500.2
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	2.5	3.4	4.4	3.5	3.5	3.5
37 Durchlaufende Beiträge	88.8	88.3	87.8	88.0	88.5	88.8
370 Durchlaufende Beiträge	88.8	88.3	87.8	88.0	88.5	88.8
3700 Bund	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	16.7	17.3	17.7	18.1	18.6	19.1
3705 Private Unternehmungen	0.4	0.0	0.3	0.3	0.3	0.1
3707 Private Haushalte	71.7	70.9	69.9	69.6	69.6	69.6
38 Ausserordentlicher Aufwand	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
383 Zusätzliche Abschreibungen	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3

in Mio. Franken	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
4 Ertrag	-2'177.5	-2'218.4	-2'247.1	-2'226.3	-2'261.6	-2'275.9
40 Fiskalertrag	-965.9	-985.5	-990.9	-951.8	-963.3	-967.8
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-695.3	-712.1	-722.1	-739.3	-750.2	-755.2
401 Direkte Steuern juristische Personen	-118.4	-130.9	-121.0	-64.8	-65.4	-64.9
402 übrige direkte Steuern	-79.6	-70.8	-74.8	-74.7	-74.7	-74.7
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-72.7	-71.7	-73.0	-73.0	-73.0	-73.0
41 Regalien und Konzessionen	-47.3	-31.4	-31.3	-30.5	-30.5	-30.5
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweiz.Nationalbank	-36.9	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4	-21.4
412 Konzessionen	-8.4	-8.0	-7.8	-7.0	-7.0	-7.0
42 Entgelte	-173.0	-170.4	-171.6	-172.2	-172.5	-172.5
420 Ersatzabgaben	-1.8	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
421 Gebühren für Amtshandlungen	-85.0	-83.9	-84.0	-84.3	-84.4	-84.4
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-14.1	-14.8	-14.9	-14.9	-14.9	-14.9
423 Schul- und Kursgelder	-3.4	-3.3	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.7	-13.0	-13.0	-12.9	-13.1	-13.0
425 Erlös aus Verkäufen	-7.3	-7.2	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
426 Rückerstattungen	-8.1	-7.5	-8.2	-8.3	-8.3	-8.3
427 Bussen	-36.6	-36.9	-37.1	-37.1	-37.1	-37.1
429 übrige Entgelte	-3.1	-2.2	-2.5	-2.6	-2.7	-2.8
43 Verschiedene Erträge	-16.2	-16.4	-15.4	-15.4	-15.4	-15.4
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-16.2	-16.4	-15.4	-15.4	-15.4	-15.4
44 Finanzertrag	-28.5	-27.9	-26.2	-25.8	-33.8	-23.6
440 Zinsertrag	-8.2	-7.0	-6.8	-6.7	-6.7	-6.7
441 Realisierte Gewinne FV	-0.4	-1.5	0.0	0.0	-10.0	0.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.5	-3.4	-3.6	-3.6	-3.6	-3.6
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-0.5	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
446 Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-0.4	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
447 Liegenschaftenertrag VV	-14.9	-15.2	-14.9	-14.8	-12.9	-12.7
449 Übriger Finanzertrag	-0.7	-0.3	-0.2	0.0	0.0	0.0
45 Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzieru	-10.4	-1.3	-2.0	-1.1	-1.1	-1.1
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-10.4	-1.3	-2.0	-1.1	-1.1	-1.1
46 Transferertrag	-847.4	-897.2	-922.1	-941.7	-956.7	-976.4
460 Ertragsanteile	-119.6	-110.1	-110.5	-131.0	-132.6	-133.9
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-25.2	-24.9	-24.5	-24.4	-24.4	-24.4
4610 Entschädigungen vom Bund	-6.0	-6.1	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-14.4	-14.1	-13.8	-13.6	-13.7	-13.7
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-4.8	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-329.5	-354.5	-375.5	-358.8	-362.2	-371.3
4620 vom Bund	-305.7	-324.9	-347.4	-336.4	-339.8	-348.9
4622 von Gemeinden und Gemeindef Zweckverbänden	-23.8	-29.5	-28.0	-22.4	-22.4	-22.4
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-372.8	-407.5	-411.4	-427.3	-437.2	-446.5
4630 Beiträge vom Bund	-238.6	-249.6	-255.0	-261.3	-268.0	-274.5
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-5.7	-4.3	-4.5	-4.4	-4.2	-4.2
4632 Beiträge von Gemeinden	-124.6	-152.0	-148.2	-151.7	-155.1	-157.8
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.7	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-2.9	-1.1	-3.0	-9.3	-9.3	-9.3
4637 Beiträge von privaten Haushalten	-0.4	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
469 Verschiedener Transferertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
47 Durchlaufende Beiträge	-88.8	-88.3	-87.7	-87.9	-88.5	-88.7
470 Durchlaufende Beiträge	-88.8	-88.3	-87.7	-87.9	-88.5	-88.7
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-72.6	-71.3	-70.4	-70.1	-70.2	-70.0
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-16.3	-17.0	-17.4	-17.8	-18.3	-18.8
Gesamttotal						
3 Aufwand	2'183.3	2'215.6	2'260.1	2'332.4	2'360.8	2'381.0
4 Ertrag	-2'177.5	-2'218.4	-2'247.1	-2'226.3	-2'261.6	-2'275.9
Saldo	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2

Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Franken	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
5 Ausgaben	161.8	184.3	188.9	183.1	134.6	195.1
50 Sachanlagen	155.1	174.3	178.4	173.5	125.1	185.6
501 Strassen/Verkehrswege	42.0	43.3	47.0	50.0	50.0	70.0
502 Wasserbau	27.9	20.4	19.2	14.6	7.8	13.4
504 Hochbauten	70.7	93.1	95.4	95.1	55.4	91.7
506 Mobilien	14.4	17.5	16.7	13.8	11.9	10.4
509 Übrige Sachanlagen	0.0	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
54 Darlehen	1.5	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0
544 Öffentliche Unternehmungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
545 Private Unternehmungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547 Private Haushalte	1.4	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0
55 Beteiligungen und Grundkapitalien	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
554 Öffentliche Unternehmungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
555 Private Unternehmungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	2.7	3.4	4.2	3.3	3.3	3.3
562 Gemeinden und Gemeindezweckverb.	0.9	0.3	0.7	0.0	0.0	0.0
564 Öffentliche Unternehmungen	1.3	2.5	2.8	2.7	2.6	2.6
567 Private Haushalte	0.5	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.5	4.9	4.3	4.3	4.3	4.3
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.6	1.2	0.9	0.9	0.9	0.9
574 Öffentliche Unternehmungen	1.3	2.5	2.7	2.7	2.7	2.7
575 Private Unternehmungen	0.1	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
577 Privat Haushalte	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
6 Einnahmen	-43.4	-37.5	-35.3	-32.3	-27.3	-32.4
60 Übertragung von Sachanlagen an FV	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
600 Übertragung von Grundstücken	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
604 Übertragung von Hochbauten	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Übertragung von Mobilien	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-37.8	-30.0	-28.6	-25.6	-20.6	-25.7
630 Bund	-20.3	-10.5	-12.6	-9.1	-4.7	-6.2
631 Kantone und Konkordate	-0.1	-3.2	-0.3	-0.3	-0.2	-0.1
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-11.4	-15.8	-15.5	-16.1	-15.6	-19.3
634 Öffentliche Unternehmungen	-5.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
635 Private Unternehmungen	-0.8	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
64 Rückzahlung von Darlehen	-2.8	-2.6	-2.4	-2.3	-2.3	-2.3
644 Öffentliche Unternehmungen	-1.2	-1.1	-0.9	-0.8	-0.8	-0.8
645 Private Unternehmungen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
647 Private Haushalte	-1.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.5	-4.9	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
670 Bund	-2.4	-4.4	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
671 Kantone und Konkordate	-0.1	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal						
5 Ausgaben	161.8	184.3	188.9	183.1	134.6	195.1
6 Einnahmen	-43.4	-37.5	-35.3	-32.3	-27.3	-32.4
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7

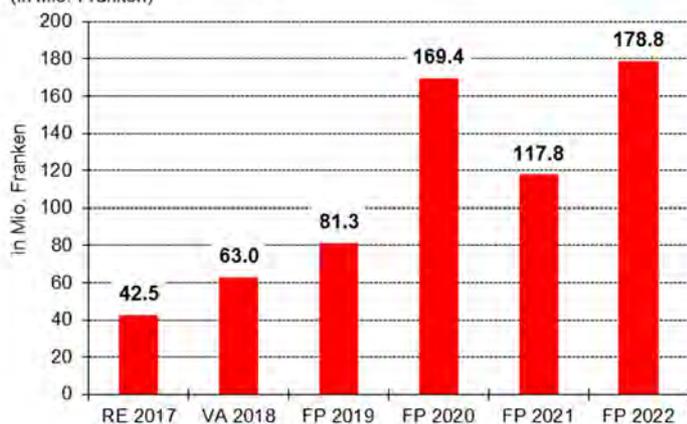
2.3 Finanzkennzahlen

in Mio. Franken	RE2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	102.6	83.8	72.3	-18.6	-10.5	-16.1
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-48.3	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Abwertung Alpiq-Aktien	26.8					
Operatives Ergebnis	-21.5	-30.1	-14.3	78.7	72.0	77.9
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	5.8	-2.8	13.0	106.0	99.2	105.2
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
Finanzierungsfehlbetrag	42.5	63.0	81.3	169.4	117.8	178.8
Nettoverschuldung	1'413.0	1'476.0	1'557.3	1'726.8	1'844.6	2'023.4
Nettoverschuldung je Einwohner in Franken	5'175	5'399	5'640	6'193	6'553	7'119
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	64%	57%	47%	-12%	-10%	-10%

Die Zahlen im Voranschlag 2018 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2017 aktualisiert.

Finanzierungsfehlbetrag

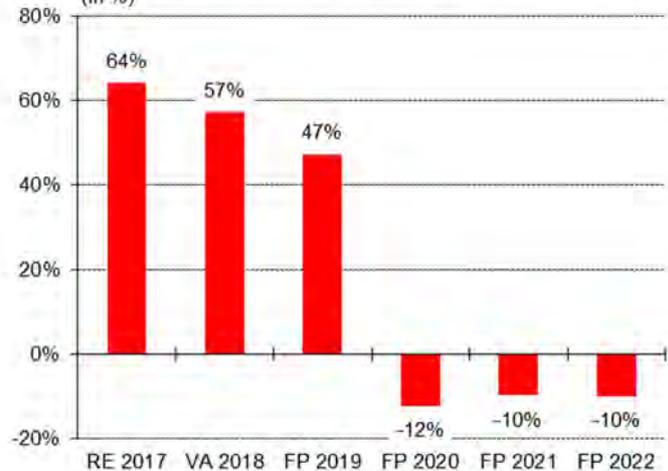
(in Mio. Franken)



In der Rechnung 2017 und im Voranschlag 2018 liegt der Finanzierungsfehlbetrag noch unter 70 Mio. Franken. In den Finanzplanjahren 2019 bis 2022 steigt er verglichen mit dem Voranschlag 2018 deutlich an.

Operativer Selbstfinanzierungsgrad

(in %)



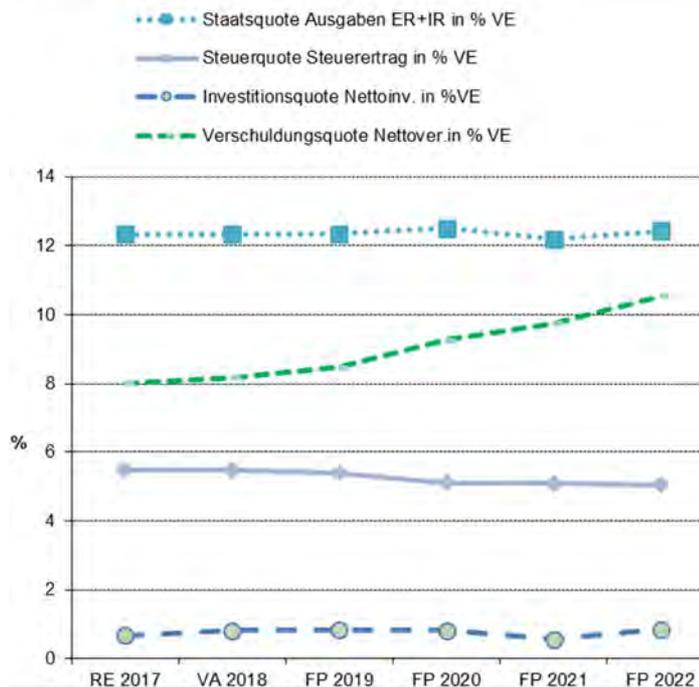
Der operative Selbstfinanzierungsgrad zeigt an, in welchem Ausmass Investitionen durch selbsterwirtschaftete Mittel (Operativer Cash-Flow) finanziert werden können. Bei einem positiven Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 - 100% können zumindest die laufenden Konsumausgaben vollständig sowie ein Teil der Investitionen aus den Erträgen finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 64% im Jahr 2017 auf -10% im Jahr 2022, d.h. die Investitionen müssen vollständig fremdfinanziert werden.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Franken bzw. %	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Geschätzte Zunahme VE in % ¹	1.0	2.3	1.9	1.5	1.5	1.5
Volkseinkommen VE	17'620	18'025	18'368	18'643	18'923	19'207
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	12.3	12.3	12.3	12.5	12.2	12.4
Steuerertrag (Konto 40 inkl.MfZ-Steuer)	965.9	985.5	990.9	951.8	963.3	967.8
Steuerquote Steuerertrag in % VE	5.5	5.5	5.4	5.1	5.1	5.0
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	118.3	146.8	153.6	150.8	107.4	162.7
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	0.7	0.8	0.8	0.8	0.6	0.8
Nettoverschuldung	1413.0	1476.0	1557.3	1726.8	1844.6	2023.4
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	8.0	8.2	8.5	9.3	9.7	10.5

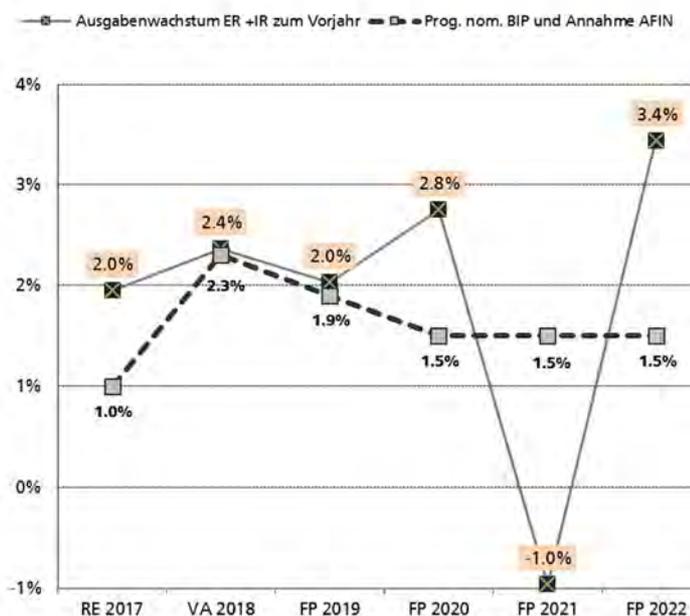
¹ Basis Zahlen 2014 des BFS und geschätzte Veränderungen des kant. Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr (SECO).

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote bleiben in den Finanzplanjahren fast unverändert. Die Verschuldungsquote steigt von 8,0% im Jahr 2017 auf 10,1% im Jahr 2022.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP-Wachstum ist.

Das BIP-Wachstum für 2017 betrug 1,0%. Für das Jahr 2018 prognostiziert das SECO eine Zunahme auf 2,3%. Ab 2019 wird von einem nominellen BIP-Wachstum zwischen 1,9% und 1,5% ausgegangen.

Das Ausgabenwachstum steigt pro Jahr um rund 2,0% an. Die tiefen Nettoinvestitionen im Jahr 2021 (rund 50 Mio. Franken tiefer als in den übrigen Jahren) führen zu einem Minus-Wachstum im Jahr 2021.

2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2018 – 2021

2.4.1 Erfolgsrechnung

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Total alle Departemente												
Aufwand	2'183.3	2'215.6	2'260.8	2'260.1	-0.7	2'290.9	2'332.4	41.4	2'317.1	2'360.8	43.7	2'381.0
Ertrag	-2'177.5	-2'218.4	-2'243.8	-2'247.1	-3.3	-2'254.1	-2'226.3	27.7	-2'276.0	-2'261.6	14.4	-2'275.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	5.8	-2.8	16.9	13.0	-3.9	36.9	106.0	69.2	41.1	99.2	58.1	105.2

Beim Vergleich der Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ zu „FP 2019 bis 2022“ führen hauptsächlich höhere Kosten durch die Steuervorlage 17 im VWD zu Mehraufwand und im Finanzdepartement zu Mindererträgen.

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Aufwand	19.2	19.3	19.3	19.4	0.1	19.4	19.4	0.0	19.5	19.5	0.1	19.5
Ertrag	-3.0	-3.0	-3.1	-3.0	0.1	-3.1	-2.9	0.1	-3.1	-2.9	0.1	-2.9
Verrechnungen	-8.7	-8.8	-8.5	-8.9	-0.4	-8.5	-8.9	-0.4	-8.5	-8.9	-0.3	-8.9
Saldo	7.6	7.5	7.8	7.6	-0.2	7.8	7.6	-0.2	7.9	7.7	-0.1	7.7

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2018-21 liegt der Nettoaufwand in den Jahren 2019 bis 2021 um 0,19 Mio. Franken höher. Grund: Auszahlung temporäres Ruhegehalt für Alt-Regierungsrat. Der Rückgang bei den internen Verrechnungen ist auf eine neue Berechnungsmethode der Mietkosten seitens Hochbauamt zurückzuführen.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Aufwand	241.8	248.5	256.6	251.3	-5.2	257.5	257.6	0.1	256.3	258.5	2.3	259.6
Ertrag	-173.7	-174.6	-175.7	-170.3	5.4	-175.9	-170.2	5.7	-182.1	-178.1	4.0	-167.5
Verrechnungen	-43.4	-39.9	-41.9	-39.5	2.4	-41.8	-39.5	2.3	-41.8	-39.5	2.3	-39.5
Saldo	24.6	34.1	38.9	41.6	2.6	39.8	47.9	8.2	32.3	40.9	8.6	52.6

Im Vergleich mit dem Finanzplan des Vorjahres kann die Verringerung des Ertrages durch eine fast entsprechende Aufwandminderung kompensiert werden. Die Verschiebungen ergeben sich durch verschiedene kleinere Posten. Eine Anpassung der Berechnungsmethode für die interne Verrechnung der Mieten beim Hochbauamt führt zu geringeren Verrechnungen.

3. Bildung und Kultur	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Aufwand	465.0	462.8	467.0	476.2	9.1	468.0	476.7	8.7	468.1	478.7	10.6	479.0
Ertrag	-62.3	-62.8	-62.0	-61.8	0.3	-61.8	-61.8	0.0	-61.7	-62.1	-0.4	-62.1
Verrechnungen	28.9	27.9	28.3	27.8	-0.6	28.4	27.8	-0.6	28.4	27.8	-0.6	27.8
Saldo	431.6	427.8	433.3	442.1	8.8	434.6	442.6	8.0	434.8	444.4	9.6	444.7

Der Mehraufwand in den Finanzplänen 2019-2021 im Vergleich zu den Vorjahreswerten ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sich der Massnahmenplan 2014 bei den Sonderschulen nicht oder nur mit Verzögerung umsetzen lässt. Dies führt zu Mehraufwendungen von rund 7,8 Mio. Franken. Weiter steigen die Beiträge an Gemeinden für Schülerpauschalen aufgrund der Anpassung des Lektionenpools schulische Heilpädagogik und aufgrund von ansteigenden Schülerzahlen. Das hat Mehraufwendungen von rund 2,2 Mio. Franken zur Folge. Beim Ertrag gibt es nur kleine Abweichungen.

4. Finanzdepartement	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Aufwand	183.0	154.0	161.0	155.3	-5.7	166.0	159.8	-6.2	167.4	160.6	-6.8	161.2
Ertrag	-1'444.4	-1'454.5	-1'485.3	-1'481.9	3.4	-1'487.5	-1'452.2	35.3	-1'495.8	-1'468.8	27.0	-1'483.8
Verrechnungen	21.2	21.4	21.0	20.2	-0.8	20.4	15.1	-5.3	20.2	15.1	-5.0	15.1
Saldo	-1'240.2	-1'279.1	-1'303.3	-1'306.5	-3.2	-1'301.2	-1'277.4	23.8	-1'308.3	-1'293.1	15.2	-1'307.5

Im IAFP 2019-2022 sind erstmals die Auswirkungen der Steuervorlage 17 mitberücksichtigt. Ab 2020 ist deshalb einerseits mit einem deutlichen Rückgang der Steuererträge von juristischen Personen und andererseits mit einer Zunahme des Anteils an der Direkten Bundessteuer zu rechnen. Beim NFA wird im neuen IAFP aufgrund neuer Zahlen (Mai 2017) mit deutlich tieferen Einnahmen gerechnet als vor einem Jahr.

Ausgabenseitig sind bei den Zinsen und den Abschreibungen im Informatikbereich zwar mit höheren Kosten zu rechnen als in den Vorjahren, hingegen reduzieren sich diese gegenüber dem letzten IAFP. Ebenfalls abgenommen haben die Abschreibungen auf den Steuererträgen natürlicher Personen.

5. Departement des Innern	RE 2017	VA 2018	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2022
			FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		FP 2021	FP 2021		
Aufwand	1'019.3	1'068.9	1'096.9	1'095.0	-1.9	1'119.7	1'123.7	4.0	1'145.7	1'153.5	7.8	1'176.7
Ertrag	-337.5	-361.3	-358.1	-368.0	-9.9	-365.4	-383.8	-18.4	-372.7	-394.3	-21.5	-404.0
Verrechnungen	2.3	1.7	2.7	1.9	-0.8	2.9	1.9	-1.0	2.9	1.9	-1.0	1.9
Saldo	684.1	709.3	741.5	728.9	-12.6	757.2	741.8	-15.3	775.8	761.1	-14.7	774.5

Die Gründe für den Minderaufwand von -12,7 Mio. Fr. zwischen dem FP 2018 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegen in den Bereichen Gesundheit -10,3 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG) und der Sozialen Sicherheit -2,8 Mio. Fr. (GB Soziale Sicherheit 1,0 Mio. Fr. (KIP), EL für AHV/IV -2,0 Mio. Fr., Behinderung -0,9 Mio. Fr., Verwaltungskosten AKSO -0,7 Mio. Fr.).

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2017	VA 2018	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2022
			FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		FP 2021	FP 2021		
Aufwand	228.9	237.9	235.7	238.1	2.4	236.1	270.4	34.3	236.0	265.3	29.3	260.2
Ertrag	-151.5	-156.9	-154.4	-156.9	-2.5	-155.1	-150.1	5.0	-155.3	-150.2	5.2	-150.2
Verrechnungen	-2.9	-4.9	-4.3	-3.9	0.4	-4.0	1.2	5.2	-3.8	1.1	4.9	1.2
Saldo	74.4	76.1	77.0	77.3	0.3	76.9	121.5	44.5	76.9	116.3	39.4	111.2

Im IAFP 2019-2022 sind erstmals die Auswirkungen der Steuervorlage 17 mitberücksichtigt. Ab 2020 rechnen wir deshalb mit einem höheren Kantonsbeitrag in den Finanzausgleich Einwohnergemeinden.

7. Gerichte	RE 2017	VA 2018	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2022
			FP 2019	FP 2019		FP 2020	FP 2020		FP 2021	FP 2021		
Aufwand	26.0	24.2	24.2	24.8	0.5	24.2	24.8	0.5	24.2	24.8	0.5	24.8
Ertrag	-5.1	-5.3	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3
Verrechnungen	2.7	2.5	2.7	2.5	-0.2	2.7	2.5	-0.3	2.8	2.5	-0.3	2.5
Saldo	23.7	21.5	21.7	22.0	0.3	21.7	22.0	0.3	21.7	22.0	0.3	22.0

Die Vierjahres-Finanzplanung folgt den Vorjahren, mit zwei kleinen Abweichungen bei den Aufwänden: ab 2019 schlägt die personelle Aufstockung der Systemadministration mit 0,35 Mio. Franken zu Buche, und für Stufenanstiege der Besoldungen der jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zusätzlich 0,15 Mio. Franken vorzusehen.

2.4.2 Investitionsrechnung

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
Total alle Departemente												
Ausgaben	161.8	184.3	185.2	188.9	3.6	166.5	183.1	16.6	166.1	134.6	-31.5	195.1
Einnahmen	-43.4	-37.5	-35.6	-35.3	0.3	-31.5	-32.3	-0.8	-31.4	-27.3	4.1	-32.4
Nettoinvestitionen	118.3	146.8	149.6	153.6	4.0	135.0	150.8	15.8	134.7	107.4	-27.4	162.7

Die grösseren Veränderungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres sind in den Details des Bau- und Justizdepartementes und des Finanzdepartementes erläutert. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
2. Bau- und Justizdepartement												
Ausgaben	141.3	158.4	159.6	163.1	3.5	144.6	161.1	16.5	146.6	114.5	-32.1	176.4
Einnahmen	-39.4	-32.1	-30.8	-30.4	0.4	-26.7	-27.4	-0.7	-26.7	-22.4	4.3	-27.5
Nettoinvestitionen	102.0	126.3	128.9	132.7	3.9	117.9	133.7	15.8	119.9	92.1	-27.8	148.9

Der Baufortschritt beim Neubau des Bürgerspitals in Solothurn bedingt eine Erhöhung der Investitionsausgaben für das Jahr 2019 von 7 Mio. Franken im Vergleich zum Finanzplan des Vorjahres. Leicht rückläufige Investitionsausgaben bei den übrigen Bauten und Verzögerungen bei den Altlastensanierungen führen zu einer Differenz von noch 3,9 Mio. Franken. Der Ausgabenplafond von 125 Mio. Franken Nettoinvestitionen kann voraussichtlich eingehalten werden. Ausgabenintensive Tiefbauprojekte sind erst im Anschluss an die Fertigstellung des Bürgerspitals geplant.

Die tieferen Investitionen im Jahr 2021 sind hauptsächlich auf den Baufortschritt und die Planungsphasen beim Neubau des Bürgerspitals zurückzuführen (Abschluss erstes Gebäude im 2020 sowie Baubeginn zweites Gebäude im 2022).

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
3. Bildung und Kultur												
Ausgaben	1.7	2.3	1.7	1.8	0.1	1.7	1.8	0.1	1.7	1.8	0.1	1.8
Einnahmen	-1.7	-2.0	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0	-1.5
Nettoinvestitionen	0.0	0.3	0.2	0.3	0.1	0.2	0.3	0.1	0.2	0.3	0.1	0.3

Bei den Investitionen gibt es nur kleine Abweichungen.

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
4. Finanzdepartement												
Ausgaben	11.5	13.0	13.0	13.0	0.0	9.0	8.9	-0.1	6.5	6.5	0.0	6.5
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.4	13.0	13.0	13.0	0.0	9.0	8.9	-0.1	6.5	6.5	0.0	6.5

Der erhöhte Investitionsbedarf in den Jahren 2018 bis 2020 resultiert vom Grossprojekt der neuen Fachanwendung NEST des Steueramtes. Die heutige Steuerlösung INES kann nur noch bis 2020 betrieben werden.

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
5. Departement des Innern												
Ausgaben	2.7	4.4	3.5	3.7	0.2	4.6	4.8	0.2	4.7	5.3	0.6	3.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	4.4	3.5	3.7	0.2	4.6	4.8	0.2	4.7	5.3	0.6	3.8

Die Nettoinvestitionen im DdI betreffen nur die Kantonspolizei. Der Grund für die in der aktuellen Finanzplanung höher geplanten Kosten gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres liegt hauptsächlich in der Verschiebung von Projekten.

	RE 2017	VA 2018	Vorjahr			Vorjahr			Vorjahr			FP 2022
			FP 2019	FP 2019	Diff.	FP 2020	FP 2020	Diff.	FP 2021	FP 2021	Diff.	
6. Volkswirtschaftsdepartement												
Ausgaben	4.5	6.3	7.4	7.3	0.0	6.7	6.6	0.0	6.7	6.6	0.0	6.6
Einnahmen	-2.3	-3.4	-3.3	-3.4	-0.1	-3.3	-3.4	-0.1	-3.3	-3.4	-0.1	-3.4
Nettoinvestitionen	2.3	2.8	4.0	3.9	-0.1	3.4	3.2	-0.2	3.4	3.2	-0.2	3.2

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum letzten Finanzplan nur unwesentliche Veränderungen.

2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
- 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
- 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
- 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrößen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre

Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrößen** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Handlungsautonomie aufzeigen.

Aufwand RE 2017 – 34% hoch beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2017 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass 34% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert werden (8% GB Kanton + 26% FG Kanton).

Ertrag RE 2017 – 55% hoch beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 55% des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder -senkung) veränderbar sind (44% FG Kanton + 11% GB Kanton).

Beurteilung und Konsequenz

Es ist weiterhin so, dass die zuständigen Gremien des Kantons Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 35%-40% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrößen) beeinflussen können. Der Kanton kann jedoch einen deutlich höheren Anteil (55-60%) der Erträge direkt bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2017 zu FP 2022

in % zum Gesamtaufwand* und Ertrag

	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 17	FP 22	Diff.	RE 17	FP 22	Diff.	RE 17	FP 22	Diff.	RE 17	FP 22	Diff.
Finanzgrößen												
Aufwand	8%	9%	1%	4%	2%	-2%	12%	11%	0%	38%	40%	2%
Ertrag	44%	43%	-1%	6%	4%	-1%	3%	3%	0%	32%	34%	2%
Globalbudgets												
Aufwand	26%	27%	1%	1%	1%	0%	9%	9%	-1%	1%	1%	0%
Ertrag	11%	11%	0%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 17	34%			5%			21%			40%		
Ertrag RE 17	55%			7%			5%			33%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierungs- und Kantonsrat (Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Leistungsfähigkeit der Verwaltungstätigkeit garantieren

- 1.5.2 E-Government ausbauen
- 1.5.3 Einführung E-Voting
- 1.5.4 Elektronische Langzeitarchivierung sicherstellen

1.6 Open Government weiterentwickeln

- 1.6.1 Kommunikation in das Zeitalter der Digitalisierung überführen

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich.

Damit die kantonale Verwaltung den gesellschaftlichen Entwicklungen, den Anforderungen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Wirtschaft optimal gerecht werden kann, muss eine hohe Leistungsfähigkeit der Verwaltungstätigkeit garantiert werden können. E-Government verfolgt das Ziel, die Verwaltungstätigkeit mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) kundenfreundlich und wirtschaftlich zu gestalten, indem medienbruchfreie elektronische Behördenleistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und unter den Gemeinwesen aller drei Staatsebenen erbracht werden. In der Legislatur 2017–2021 liegt der Schwerpunkt in der Umsetzung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen für E-Government. So soll die Wirtschaft zukünftig den Amtsverkehr und die Bevölkerung die wichtigsten Amtsgeschäfte elektronisch abwickeln können und der elektronische Daten- und Informationsaustausch zwischen den Gemeinden und dem Kanton soll optimiert werden. Zudem verlangt die starke Zunahme an digitalen Amtsgeschäften und elektronischen Unterlagen der Verwaltung eine Lösung für die elektronische Langzeitarchivierung, um die verlustlose Übernahme der digitalen Unterlagen ins Endarchiv gewährleisten zu können.

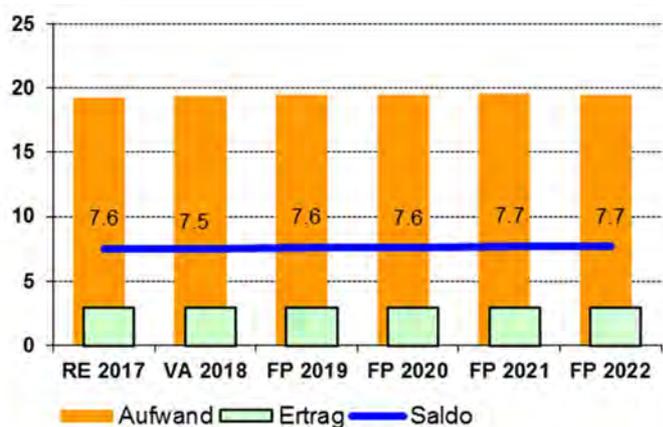
Ein offenes und transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) dient dem Ziel, die Arbeit von Regierung und Verwaltung noch offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten. Durch die Nutzung der neuen Medien können mehr Leute erreicht und mit ihnen ein politischer Dialog geführt werden.

1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

1444	Elektronische Archivierung					Ziel LP	B.1.5.4
	Einführung elektronische Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen					Beschluss	-
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Jul 2021		
	Amt Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009				
2941	Konzept	31. Dez 2016		Das Strategiepapier lag im Juni 2016 vor. Im 2018 erfolgt die Konzeption des digitalen Langzeitarchivs in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und der Beginn der Realisierung nach erfolgtem Variantenentscheid (IT-Projektbudget: 290'000 Franken).			
6567	<i>Massnahmen und Investitionen gemäss Umsetzungsplan sind realisiert</i>	31. Jul 2021					
5556	E-Voting 2018					Ziel LP	B.1.5.3
	Aufbau eines Systems für die flächendeckende Einführung von E-Voting im ganzen Kanton Solothurn						
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	1. Jan 2021		
	Amt Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6280	Evaluation	31. Aug 2017		Vor der eigentlichen Evaluation erfolgt auch im 2018 eine anhaltende Beobachtung der Entwicklung und Entscheide zum Thema e-Voting in den Kantonen.			
6281	Beschluss Kantonsrat	30. Sep 2017					
6566	<i>Inbetriebnahme neues E-Voting System</i>	1. Jan 2021					
5615	Open Government					Ziel LP	B.1.6.1
	Kommunikation in das Zeitalter der Digitalisierung führen.						
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2019		
	Amt Staatskanzlei					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6558	<i>Aktualisierung Kommunikationskonzept</i>	1. Jun 2018					
6559	<i>Aufbau und Ausbau Interaktive Medienkanäle</i>	1. Aug 2019		Weiterentwicklung Informations- und Datenschutzgesetz InfoDG um Elemente aus dem Konzept Open Government (Dialog und Partizipation).			
5616	E-Government ausbauen					Ziel LP	B.1.5.2
	E-Government ausbauen						
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	1. Jan 2020		
	Amt Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6560	<i>Behördenportalgesetz (neu)</i>	1. Jan 2020		Ab 2020 soll der Amtsverkehr weitgehend elektronisch abgewickelt werden können. Für das IT-Projekt E-Gov Plattform sind in der Mehrjahresplanung 750'000 Franken eingestellt.			

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	13.9	13.9	14.0	13.9	14.1	14.0
Ertrag	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	11.1	11.0	11.2	11.1	11.3	11.2
Verrechnung	-6.4	-6.3	-6.4	-6.4	-6.4	-6.4
Saldo	4.7	4.7	4.8	4.8	4.9	4.9
Finanzgrössen						
Aufwand	5.3	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	-2.3	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
Saldo	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
Saldo total	7.6	7.5	7.6	7.6	7.7	7.7



In der Planperiode 2019-2022 ergeben sich keine wesentlichen finanziellen Veränderungen.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen. Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs wie auch die Entwicklung des Immobilienportfolios im Finanzvermögen zum langfristigen Gedeihen des Wirtschaftsstandortes. Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Attraktivität zum Leben und Investieren stärken

1.2.3 Liegenschaften im Finanzvermögen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen

1.4 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.4.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren

1.4.2 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.1.1 Siedlungsentwicklung gegen innen lenken

2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.1.3 Wertvolles Kulturland (Fruchtfolgefläche) erhalten

2.2 Gefahrenpotentiale vermindern

2.2.1 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.2.2 Altlasten systematisch sanieren

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

3.3.6 Neues Zentralgefängnis planen und bauen

3.3.7 Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur der Motorfahrzeugkontrolle

3.5 Informatische Bildung ausbauen

3.5.3 Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs mit kostenneutralen Optimierungen sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot wird angestrebt. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden.

Damit ein qualitativ hochstehendes Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in Zukunft gewährleistet werden kann, müssen die hierzu notwendigen kantonalen gesetzlichen Grundlagen überprüft werden. Seit der letzten grundlegenden Revision der ÖV-Erlasse sind nicht nur mehr als zwanzig Jahre vergangen, auch haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert. Eine erste Auslegeordnung hat ergeben, dass eine Totalrevision des Gesetzes über den Öffentlichen Verkehr (BGS 732.1) angezeigt ist. Das Revisionsvorhaben soll bis im Jahr 2020 abgeschlossen werden.

Die in den 60er und 70er Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und nach Möglichkeit abgeschlossen (insbesondere die Verkehrsanbindung Thal sowie der Anschluss H 18 Dornach). Weiterhin mit hoher Priorität soll die Revision des Strassengesetzes weitergetrieben werden. Das revidierte Gesetz soll auch die Basis für eine Vereinfachung der Zusammenarbeit von Gemeinden und Kanton schaffen.

Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbaute und naturnahe Landschaftsräume erhalten.

Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung.

Die Finanzierung der Strasseninfrastruktur muss mit Blick auf die künftigen Herausforderungen überprüft werden.

Jahrhundertbauwerke wie die Flussverbauungen an Aare und Emme müssen erneuert werden. Lokale Engpässe bei den anderen Fließgewässern sind nach Prioritäten zu beseitigen. Als Grundlage dienen die Gefahrenkarten der Gemeinden.

Gefahren für Umwelt und Menschen aufgrund der nicht fachgerechten Abfallentsorgung in der Vergangenheit müssen weiter gebannt werden. Belastete Standorte und Altlasten sind nach Prioritäten zu sanieren (insgesamt ca. 200 Standorte in der Legislaturperiode). Die technischen Untersuchungen und Sanierungsprojekte sind zu genehmigen und zu begleiten.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

5234 Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision		Ziel LP	B.2.1.1	
Planungsausgleichsgesetz und Anschlussgesetzgebung RPG-Revision				
Status	In Arbeit	Start-Datum	25. Feb 2014	Soll-Termin 31. Dez 2019
Amt	Departementssekretariat BJD			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5803	Umsetzung Solaranlagen	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt
5805	B+E Planungsausgleichsgesetz (Vernehmlassungsvorlage)	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt
5649	Stossrichtung Baulandverflüssigung	31. Dez 2014	31. Dez 2014	erledigt
5808	Stossrichtungen möglicher Regelungen zum Ausgleich von Vor- und Nachteilen der Gemeinden im Zug der Umsetzung des revidierten RPG	31. Dez 2016	31. Dez 2016	erledigt
5806	B+E Planungsausgleichsgesetz	31. Dez 2017	12. Sep 2017	erledigt
5807	B+E Revision PBG Baulandverflüssigung (Vernehmlassungsvorlage)	31. Dez 2017	2. Mai 2017	erledigt
6548	B+E Revision Baulandverflüssigung (Antrag an KR)	31. Dez 2018		

5235 Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes, GUB

Gesetz über die Erkundung und Nutzung des tiefen Untergrundes und von Bodenschätzen, GUB

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Jan 2012** Soll-Termin **31. Dez 2016**Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5651	B+E z. Hd. KR	31. Dez 2016		Die interne und externe Vernehmlassung wurde durchgeführt, ein entsprechender Bericht folgt. Das Projekt wurde infolge anderer Prioritäten zwischenzeitlich sistiert (RRB 2018/247).

5386 Neue Finanzierungsformen Verkehr prüfen

Ziel LP

B.1.1

Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **31. Dez 2019**Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5652	Bericht an Regierung, Variantenentscheid	31. Dez 2014	15. Feb 2015	
5653	RRB Mitwirkungsvorlage	31. Dez 2015	21. Jun 2016	
5989	Vernehmlassung	1. Jun 2016	30. Sep 2016	
5654	B+E z. Hd. KR	31. Dez 2018		Verzug der Arbeiten infolge Unklarheiten im Umgang mit finanzrechtlichen Rahmenbedingungen.

5482 Revision GWBA

Ziel LP

B.2.2.2

Revision des Gesetzes über Wasser Boden und Abfall

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **31. Dez 2017**Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5943	Vernehmlassung	31. Dez 2016	3. Feb 2017	
5942	RRB mit B+E zuhanden Kantonsrat	31. Dez 2017	31. Mai 2017	erledigt

5614 Überprüfung Gesetzgebung ÖV

Überprüfung der Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **31. Dez 2020**Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6549	RRB zu Stossrichtungen	31. Dez 2018		
6550	Vernehmlassung B+E	31. Dez 2019		
6551	Inkrafttreten	31. Dez 2020		

5387 Agglomerationsprogramme 3. Generation

Ziel LP

B.2.1

Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (3. Generation)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **30. Jun 2019**Amt **Amt für Raumplanung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5780	Massnahmen entwickeln	30. Jun 2015	30. Jun 2015	
5783	Vernehmlassung	31. Mai 2016	31. Mai 2016	
5784	RRB	30. Nov 2016	15. Nov 2016	
5785	Einreichung beim Bund	31. Dez 2016	15. Nov 2016	RRB Nr. 2016/1720 vom 27. Sept. 2016 (Basel) RRB Nr. 2016/1964 vom 15. Nov. 2016 (Aareland) RRB Nr. 2016/1965 vom 15. Nov. 2016 (Solethurn)
6542	RRB: Stellungnahme zu B+E Bundesbeschluss	30. Apr 2018		
6543	Abschluss Leistungsvereinbarung	30. Jun 2019		

1184 Deponieplanung						
Deponieplanung						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2017	
Amt	Amt für Raumplanung					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
541	Richtplananpassung	31. Dez 2008	31. Dez 2008			
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil	31. Dez 2010	31. Dez 2010			
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil	30. Jun 2014	31. Dez 2015	Bedarf nach Genehmigung Deponie Aebisholz, Oensingen, nicht ausgewiesen. Kein weiterer Bedarf nach Abfallplanung 2016.		
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland	31. Dez 2016				
6239	Richtplananpassung	31. Dez 2017	14. Aug 2017	Deponiestandort 'Typ B, Lungelen, Seewen'		

1202 Gesamtüberprüfung Richtplan							Ziel LP	B.2.1
Richtplanüberprüfung (RRB)								
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Jun 2018			
Amt	Amt für Raumplanung							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010	31. Dez 2010					
772	Verwaltungsinternen Entwurf	30. Nov 2012	30. Nov 2012					
383	RRB, B+E, SGB	31. Dez 2012	31. Dez 2012					
773	Anhörung Behörden	31. Mai 2013	31. Mai 2013					
5394	Öffentliche Auflage	31. Okt 2015	31. Okt 2015					
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung (Genehmigung RR)	31. Aug 2017	12. Sep 2017	Beschwerdeverhandlungen: März/April 2017				
6544	<i>Genehmigung Bundesrat</i>	<i>30. Jun 2018</i>						

1206 Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn							Beschluss	KRB 23.8.11
Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn								
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2018			
Amt	Hochbauamt							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
539	Start Wettbewerb	31. Okt 2009	31. Dez 2009					
490	Vorprojekt	31. Dez 2010	30. Apr 2011					
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)	30. Nov 2011	23. Aug 2011					
491	Realisierung	30. Jun 2016	16. Aug 2016	Übergabe Schulbetrieb				

1149 Neubau Bürgerspital Solothurn							Ziel LP	B.3.2.2
Sanierung Bürgerspital Solothurn							Beschluss	KRB 20.3.12
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	30. Apr 2024			
Amt	Hochbauamt							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008	31. Dez 2008					
351	Vorprojekt	31. Dez 2009	30. Sep 2010					
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010	31. Dez 2011					
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011	31. Dez 2011					
755	Volksabstimmung	17. Jun 2012	17. Jun 2012	Vorlage angenommen				
350	<i>Fertigstellung Haus 1</i>	<i>30. Apr 2020</i>						
6552	<i>Fertigstellung Haus 2</i>	<i>30. Apr 2024</i>						

1133 Sanierung Kantonsschule Olten						Beschluss	KRB 5.12.12
Sanierung Kantonsschule Olten							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2022		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1247	RRB / B+E	31. Dez 2012	5. Dez 2012				
749	Fertigstellung kleiner Trakt	31. Dez 2019					
6553	Fertigstellung grosser Trakt	31. Dez 2021					
6554	Fertigstellung Umgebung	31. Dez 2022					
5395 Sanierung und Umnutzung Rosengarten							
Umnutzung als Verwaltungsgebäude							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
	Start Umbau	1. Jul 2017		Bundesgerichtsurteil ausstehend			
5238 Neubau Zentralgefängnis						Ziel LP	B.3.3.6
Neubau Zentralgefängnis							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020	Soll-Termin	31. Dez 2025		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5823	RRB, B+E	1. Mai 2020					
6555	Volksabstimmung	1. Mai 2021					
5612 Integration Prüfinfrastruktur MFK in Bushallen BOGG						Ziel LP	B.3.3.7
Integration der Prüfinfrastruktur der MFK in die Bushallen der BOGG in Wangen bei Olten.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6545	RRB, B+E	31. Dez 2018					
6546	Volksabstimmung	24. Nov 2019					
5613 Neuer Standort MFK Filiale nördlich des Jura						Ziel LP	B.3.3.7
Neuer Standort einer MFK Filiale nördlich des Juras im Raum Büsserach/Breitenbach							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6547	RRB, B+E	31. Dez 2019					
6556	Fertigstellung	30. Jun 2021					
1155 Olten, Entlastung Region Olten						Ziel LP	B.1.4.2
Entlastung Region Olten, Fertigstellung							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2021	Beschluss	2TK.00342/KRB
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
356	Baubeginn	31. Dez 2008	31. Aug 2008				
357	Inbetriebnahme	31. Dez 2013	24. Apr 2013				
358	Bauabrechnung	31. Dez 2021					

5157 Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 1	Ziel LP	B.1.4
Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsanierung inkl. Kunstbauten Phase 1	Beschluss	3TK.01075/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 17. Mrz 2014 Soll-Termin 31. Dez 2018		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5400	Baubeginn	1. Mrz 2014	17. Mrz 2014	
5401	Inbetriebnahme	31. Jul 2018		
5403	Bauabrechnung	31. Dez 2018		

Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 2	Ziel LP	B.1.4
Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsanierung inkl. Kunstbauten Phase 2	Beschluss	3TK.01334/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 4. Jun 2018 Soll-Termin 31. Dez 2023		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5953	Baubeginn	4. Jun 2018		
5954	Inbetriebnahme	31. Dez 2022		
5955	Bauabrechnung	31. Dez 2023		

5145 Mümliswil-Ramiswil, Passwangstrasse, Phase 1	Ziel LP	B.1.4
Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtsanierung Phase 1	Beschluss	3TK.01076/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 1. Jun 2015 Soll-Termin 31. Dez 2020		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5404	Vorarbeiten	1. Jun 2015	1. Jun 2015	Steinschlagschutz / Schutzwaldholzerei
5821	Baubeginn	1. Mrz 2016	1. Mrz 2016	
5406	Inbetriebnahme	31. Dez 2019		
5414	Bauabrechnung	31. Dez 2020		

5150 Riedholz, Wilihofbrücke	Ziel LP	B.1.4
Riedholz, Sanierung Wilihofbrücke	Beschluss	3TK.01077/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 1. Okt 2014 Soll-Termin 31. Dez 2018		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5659	Baubeginn	1. Mrz 2014	1. Okt 2014	
5660	Inbetriebnahme	30. Nov 2015	30. Nov 2016	
5952	Bauabrechnung	31. Dez 2018		

5319 Zuchwil Luzernstrasse, Instandsetzung SBB-Überführung Aarmatt	Ziel LP	B.1.4
Zuchwil, Instandsetzung SBB Überführung Aarmatt	Beschluss	3TK.1078/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 17. Mrz 2014 Soll-Termin 31. Dez 2018		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5948	Baubeginn	1. Jan 2014	17. Mrz 2014	
5949	Inbetriebnahme	30. Nov 2015	27. Nov 2015	
5950	Bauabrechnung	31. Dez 2018		

5148 Eppenber-Wöschnau, SBB-Überführung	Ziel LP	B.1.4
Eppenber-Wöschnau, Schachenstrasse, Erneuerung SBB-Überführung	Beschluss	3TK.01146/KRB
Status In Arbeit Start-Datum 1. Mrz 2015 Soll-Termin 31. Mai 2019		
Amt Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5411	Baubeginn	1. Aug 2015	1. Mrz 2015	
5412	Inbetriebnahme	31. Mai 2018		
5413	Bauabrechnung	31. Mai 2019		

5562	Mümliswil-Ramiswil, Scheltenstrasse	Ziel LP	B.1.4
	Mümliswil-Ramiswil, Scheltenstrasse, Strassenverlegung mit Lawinen-+Steinschlagschutz	Beschluss	3TK.01285/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Feb 2018 Soll-Termin 31. Dez 2021
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6477	Baubeginn	19. Feb 2018	19. Feb 2018	
6478	Inbetriebnahme	1. Jul 2021		
6479	Bauabrechnung	31. Dez 2021		

5486	Beinwil, Passwangstrasse, Phase 2	Ziel LP	B.1.4
	Beinwil, Passwangstrasse Nord, Gesamtanierung Phase 2		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2017 Soll-Termin 31. Dez 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5956	Vorarbeiten	1. Jan 2017	1. Jun 2017	Schutzwald- / Sicherheitswaldholzerie Neuhüsli - Serpentina plus
5957	Baubeginn	1. Mrz 2020		
5958	Inbetriebnahme	31. Dez 2025		
5959	Bauabrechnung	31. Dez 2026		

	Breitenbach, Passwangstr. Strassensan.	Ziel LP	B.1.4
	Breitenbach, Passwangstrasse, Strassensanierung		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2019 Soll-Termin 31. Dez 2023
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6501	Baubeginn	1. Okt 2019		
6487	Inbetriebnahme	1. Okt 2022		
6486	Bauabrechnung	31. Dez 2023		

5563	Niedergösgen, Haupt-/Oltnerstrasse Sanierung	Ziel LP	B.1.4
	Niedergösgen, Haupt-/Oltnerstrasse, Sanierung		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2019 Soll-Termin 31. Dez 2022
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6480	Baubeginn	1. Jul 2019		
6502	Inbetriebnahme	1. Jul 2022		
6503	Bauabrechnung	31. Dez 2022		

5564	Kienberg, Anwilerstrasse Strassensanierung	Ziel LP	B.1.4
	Kienberg, Anwilerstrasse, Sanierung		
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2019 Soll-Termin 31. Dez 2024
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6481	Baubeginn	1. Jul 2019		
6504	Inbetriebnahme	1. Jul 2024		
6505	Bauabrechnung	31. Dez 2024		

5490	Balsthal, Verkehrsanbindung Thal	Ziel LP	B.1.4.2
Balsthal, Verkehrsanbindung Thal (Erschliessungsplan)			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2021 Soll-Termin 31. Dez 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
5969	Planerische Vorabklärungen	30. Jun 2010	30. Jun 2010
5970	Mitwirkungsverfahren	1. Jun 2015	31. Dez 2015
5971	Bauprojekt	1. Jun 2016	1. Jan 2016
5973	Öffentliches Planungs- und Genehmigungsverfahren	1. Sep 2017	1. Okt 2017
5974	<i>Finanzierungsvorlage</i>	<i>1. Jun 2019</i>	
5975	<i>Ausführungsprojekt</i>	<i>1. Jan 2021</i>	
5976	<i>Baubeginn</i>	<i>1. Sep 2021</i>	

5377	Dulliken, Niederämterstr. San. und Umgest.	Ziel LP	B.1.4
Dulliken, Niederämterstrasse, Belagssanierung und Umgestaltung			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020 Soll-Termin 31. Dez 2023
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6488	<i>Baubeginn</i>	<i>1. Jan 2020</i>	
6499	<i>Inbetriebnahme</i>	<i>1. Jun 2023</i>	
6498	<i>Bauabrechnung</i>	<i>31. Dez 2023</i>	

	Büsserach, Passwangstr. Strassensan.	Ziel LP	B.1.4
Büsserach, Passwang-Breitenbachstrasse, Sanierung inkl. Gehwege			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2020 Soll-Termin 31. Dez 2025
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6489	<i>Baubeginn</i>	<i>1. Okt 2020</i>	
6491	<i>Inbetriebnahme</i>	<i>1. Jun 2025</i>	
6490	<i>Bauabrechnung</i>	<i>31. Dez 2025</i>	

	Subingen, Luzernstr. San. und Umgest.	Ziel LP	B.1.4
Subingen, Luzernstrasse, Sanierung Kreisel Bahnhof			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2021 Soll-Termin 31. Dez 2024
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6492	<i>Baubeginn</i>	<i>1. Jan 2021</i>	
6494	<i>Inbetriebnahme</i>	<i>1. Jun 2024</i>	
6493	<i>Bauabrechnung</i>	<i>31. Dez 2024</i>	

5365	Solothurn, Baselstrasse San. und Umgestaltung	Ziel LP	B.1.4
Solothurn, Baselstrasse			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2022 Soll-Termin 31. Dez 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6495	<i>Baubeginn</i>	<i>1. Mrz 2022</i>	
6497	<i>Inbetriebnahme</i>	<i>31. Dez 2025</i>	
6496	<i>Bauabrechnung</i>	<i>31. Dez 2026</i>	

Derendingen, Hauptstr. Umgestaltung				Ziel LP	B.1.4
Derendingen, Hauptstrasse, Strassensanierung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mrz 2019	Soll-Termin	31. Dez 2022
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5964	Baubeginn	1. Mrz 2019			
6475	Inbetriebnahme	31. Dez 2021			
6476	Bauabrechnung	31. Dez 2022			
<hr/>					
5488 Dornach, Zubringer Dornach/Aesch an die H18				Ziel LP	B.1.4.2
Dornach, Umfahrung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	31. Jul 2021	Soll-Termin	1. Jan 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5965	Vorprojekt	18. Okt 2013	18. Okt 2013		
5966	Bauprojekt	31. Jul 2021			
6257	Inbetriebnahme	1. Jan 2025			
6258	Bauabrechnung	1. Jan 2026			
<hr/>					
5196 Luterbach-Zuchwil Ersatz Emmebrücken				Ziel LP	B.1.4
Luterbach/Zuchwil, Ersatz Emmebrücken				Beschluss	3TK.01284/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6482	Baubeginn	1. Okt 2018			
6484	Inbetriebnahme	1. Jun 2021			
6483	Bauabrechnung	31. Dez 2021			
<hr/>					
5487 Olten, Bahnhofplatz				Ziel LP	B.1.4.2
Olten, Umgestaltung Bahnhofplatz					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2028
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5960	Vorprojekt	1. Jul 2020		Masterplan	
5961	Bauprojekt	1. Jul 2022			
5962	Inbetriebnahme	1. Jul 2028			
5963	Bauabrechnung	31. Dez 2028			
<hr/>					
5489 Solothurn, Sanierung Stadtmist				Ziel LP	B.2.2.2
Solothurn, Sanierung Stadtmist					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2025
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
5967	Optimale Sanierungsvariante	15. Okt 2016	15. Okt 2016		
5968	Vorprojekt	15. Okt 2016	15. Okt 2016	Die Totalunternehmersubmission wurde erfolgreich abgeschlossen. Betreffend Finanzierung der Realisierung sind Verhandlungen mit dem Bundesamt für Umwelt im Gange.	
5972	Realisierungsbeginn	1. Jul 2019			

5155	Vorgezogene Hochwasserschutzdämme Aare	Ziel LP	B.2.2.1
	Vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare	Beschluss	KRB 10.12.2008
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
		Soll-Termin	31. Dez 2017
Amt	Amt für Umwelt	Ist-Termin	31. Dez 2017
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität	30. Jun 2012	30. Jun 2012
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität	31. Dez 2016	31. Dez 2017
			Die Arbeiten an den Teilstücken Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd wurden 2015 abgeschlossen. Die Teilstücke Dulliken, Obergösgen und Däniken wurden im Verlaufe des Jahres 2017 fertiggestellt.
6247	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2017	31. Dez 2017
			Die Bauarbeiten wurden 2017 abgeschlossen. Die Schlussabrechnung mit dem Bund ist erfolgt. Die Schlussabrechnung für die Gemeinden erfolgt zusammen mit dem Hauptprojekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Aare.
5156	HWS/Revitalisierung Aare, Olten-Aarau	Ziel LP	B.2.2.1
	Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau	Beschluss	VB 09.06.2013
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009
		Soll-Termin	31. Dez 2020
Amt	Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	9. Jun 2013	9. Jun 2013
			Verpflichtungskredit vom Volk am 9. Juni 2013 angenommen
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2018	
			Die Bauarbeiten des 4. und letzten Loses (Niedergösgen und Schönenwerd) befinden sich auf Kurs und werden bis Ende 2018 abgeschlossen sein.
6248	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2020	
			Nachfolgebewirtschaftung der Dämme und des Uferbereiches mit der Rekultivierung des Landwirtschaftslandes.
5152	HWS/Revitalisierung Emme, Biberist-Gerlafingen	Ziel LP	B.2.2.1
	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme Biberist-Gerlafingen	Beschluss	VB 07.03.2010
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009
		Soll-Termin	31. Dez 2017
Amt	Amt für Umwelt	Ist-Termin	31. Dez 2017
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen	30. Jun 2013	30. Jun 2013
			Die Realisierung ist abgeschlossen, es stehen Garantie- und Nacharbeiten aus.
5655	Nacharbeiten und Abschluss Bauabrechnung	30. Sep 2017	11. Dez 2017
			Mit dem Abschluss der Nacharbeiten und der Bauabrechnung (RRB Nr. 2017/2091 vom 11. Dezember 2017) wurde das Projekt erfolgreich abgeschlossen. Der Verpflichtungskredit wurde unterschrieben.
5154	HWS/Revitalisierung Emme, ab Wehr Biberist, Realisierung	Ziel LP	B.2.2.1
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung	Beschluss	VB 28. Feb 2016
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016
		Soll-Termin	31. Dez 2022
Amt	Amt für Umwelt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2022	
			Mit den ersten Arbeiten wurde anfangs März 2016 begonnen. Spatenstich: 8. April 2016
6251	Sanierung Deponien abgeschlossen	30. Jun 2018	
			Die Sanierung der Bioschlammdeponie und der Deponien Schwarzweg und Rüti wird im März 2018 abgeschlossen.
6252	Wasserbau abgeschlossen	31. Dez 2022	
			Nach dem Abschluss der Deponie-Sanierungen werden ab April 2018 die eigentlichen Wasserbauarbeiten in Angriff genommen.
6253	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2024	

1182 Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Ziel LP	B.2.2.2
Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Beschluss	RG 0088/2017
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2032	
Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
373	Einbau Kugelfänge	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Abgeschlossen		
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)	31. Dez 2017	1. Jan 2018	Das seit dem 1. Januar 2018 gültige, revidierte GWBA regelt die Kostentragung. Nach Abzuge der Bundesbeiträge trägt der Kanton sämtliche Kosten.		
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten	31. Dez 2032		Nach einer Voruntersuchung 2018 soll ab 2019 die Sanierung einer Pilotregion durchgeführt werden.		

5483 Hochwasserschutz und Revitalisierung Dünnern					Ziel LP	B.2.2.1
Vorstudien, Planung, Projektierung und Realisierung von Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen entlang der Dünnern					Beschluss	KRB 08.12.2015
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5944	Vorstudie Oensingen-Oberbuchsiten	31. Dez 2016	28. Feb 2017	Es wurde eine umfassende Vernehmlassung zur Vorstudie durchgeführt. Die Vorstudie wird plausibilisiert und weitere Lösungsmöglichkeiten evaluiert.		
5945	Projektierung Herbetswil	30. Sep 2018		Die Projektauflage soll im 3. Quartal 2018 erfolgen.		
5946	Baubeginn Herbetswil	30. Jun 2019		Mitte 2019		
5947	Realisierung und Abschluss Herbetswil	31. Dez 2020				
6254	Projektierung Oensingen-Oberbuchsiten	31. Dez 2021				
6255	Baubeginn Oensingen-Oberbuchsiten	1. Jan 2022				
6256	Realisierung und Abschluss Oensingen-Oberbuchsiten	31. Dez 2026				

1190 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn						
Publikation						
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017	
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
378	Publikation	31. Dez 2017	5. Dez 2017	Buchvernissage		

5484 Restaurierung Stadtkirche Olten						
Innen- und Aussenrestauration						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2016	Soll-Termin	31. Dez 2018	
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5990	Abschluss Aussenrestauration	31. Dez 2017	31. Dez 2017			
6259	Abschluss Innenrestauration	31. Dez 2018				

5550 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Stadt Olten						
Publikation						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2027	
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6260	Publikation	31. Dez 2027				

5551 Dauerausstellung Archäologie im Haus der Museen in Olten

Ausstellungserneuerung

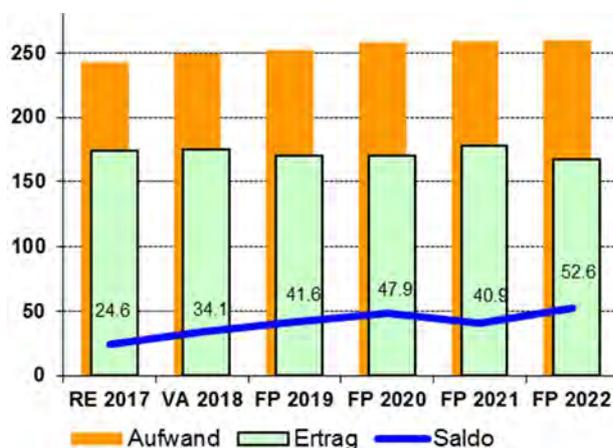
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2019
--------	------------------	-------------	--------------------	-------------	---------------------

Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie
-----	--

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6261	<i>Ausstellungseröffnung</i>		30. Nov 2019	

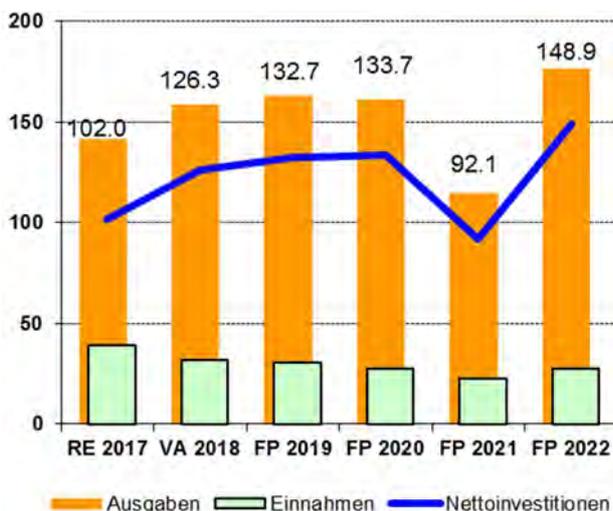
Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	166.3	170.8	173.8	176.9	177.3	178.2
Ertrag	-56.4	-55.9	-56.9	-57.8	-57.8	-57.8
Globalbudgetsaldo	109.9	114.9	116.9	119.1	119.5	120.4
Verrechnungen	-31.9	-29.6	-29.5	-29.5	-29.5	-29.5
Saldo	78.0	85.3	87.3	89.5	90.0	90.9
Finanzgrössen						
Aufwand	75.5	77.7	77.6	80.7	81.2	81.4
Ertrag	-117.3	-118.7	-113.4	-112.4	-120.4	-109.8
Verrechnungen	-11.5	-10.2	-9.9	-9.9	-9.9	-9.9
Saldo	-53.4	-51.2	-45.8	-41.6	-49.1	-38.3
Saldo total	24.6	34.1	41.6	47.9	40.9	52.6



Verschiedene kleinere Erhöhungen, Mehrkosten bei den Abteilungen der Transportunternehmungen sowie die geplanten Entlastungsmassnahmen bei der Staatsanwaltschaft führen zu leicht höheren Aufwänden, welche durch die erwartete Ertragssteigerung nicht komplett kompensiert werden können.

Investitionsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total						
Ausgaben	141.3	158.4	163.1	161.1	114.5	176.4
Einnahmen	39.4	32.1	30.4	27.4	22.4	27.5
Nettoinvestitionen	102.0	126.3	132.7	133.7	92.1	148.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	44.2	50.0	56.0	50.5	15.0	22.0
Hochbau: Bildungs- und allg. Bauten	22.9	35.8	34.7	38.2	33.8	62.9
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	2.5	7.1	4.6	6.3	6.4	5.9
Kantonsstrassenbau	29.3	29.6	33.0	35.0	35.0	52.0
Öffentlicher Verkehr	-1.0	-0.7	0.6	0.8	0.8	0.8
Umwelt: Wasserbau	0.0	0.0	4.7	4.1	2.3	6.5

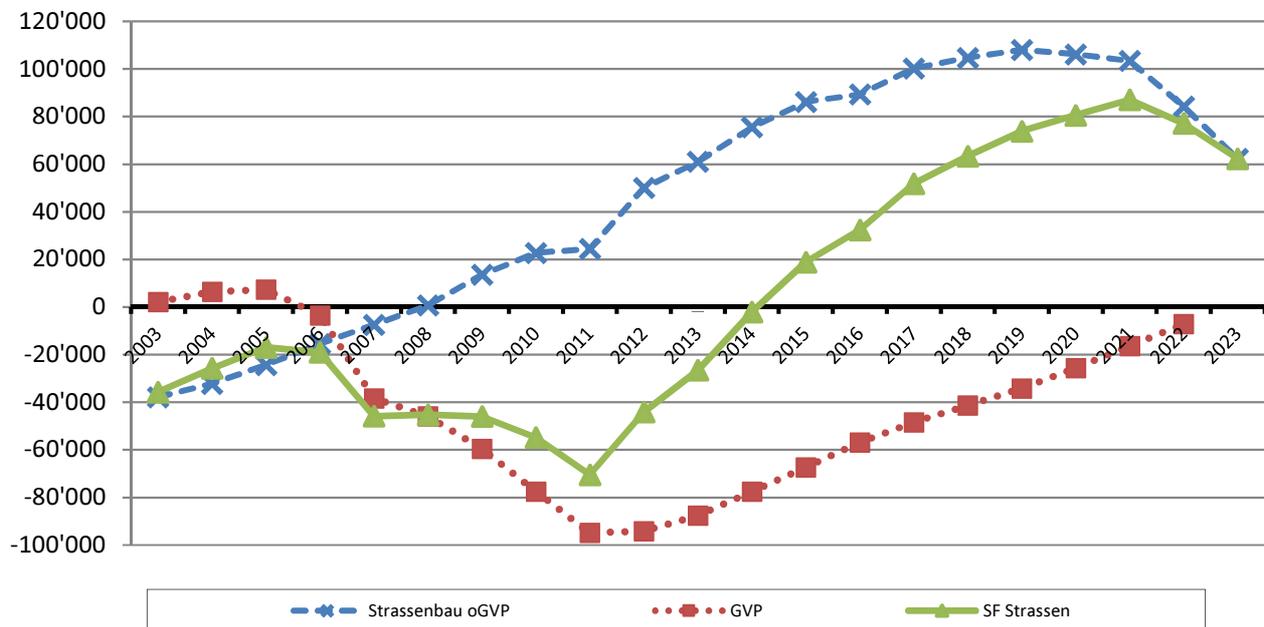


Durch die intensive Bauphase des Bürgerspitals Solothurn und der gleichzeitigen Sanierung der Kantonsschule Olten erhöhen sich die Nettoinvestitionen für 2019 nochmals um ca. 6 Mio. Franken. Trotzdem kann der Investitionsplafond von jährlich 125 Mio. Franken im Durchschnitt über 4 Jahre eingehalten werden. Neue, grössere Kantonsstrassenprojekte (Dornach, Verkehrsanbindung Thal, Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen) werden frühestens ab 2020 realisiert.

Entwicklung Strassenbaufonds

Stand Finanzierung GVP 2003-2023

Stand 13.03.2018



Die prognostizierten Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen, somit ist beispielsweise auf der Einnahmenseite eine moderate Erhöhung des Ertrages aus der Motorfahrzeugsteuer berücksichtigt.

Die Regierung hat im Massnahmenplan 2013 die Plafonierung der Investitionen im BJD von 125 Mio. Franken beschlossen. Grosse bewilligte Vorhaben wie z.B. der Spitalneubau, verbunden mit der Plafonierung der Investitionen, haben zur Folge, dass grössere anstehende Kantonsstrassenprojekte frühestens ab 2020 realisiert werden können. Somit ist in der obigen Darstellung ein weiterer Infrastrukturausbau erst ab 2020 berücksichtigt. Dieser beinhaltet die Vorhaben Dornach, Verkehrsanbindung Thal und die Autobahnanschlüsse Egerkingen und Oensingen inkl. Entlastung Oensingen. Die Entwicklung des Strassenbaufonds ab 2020 wird somit u.a. von den dann zumal baureifen und finanzrechtlich bewilligten Infrastrukturausbauten abhängen.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten durch den Zuschlag gedeckt wurden, spätestens aber nach 20 Jahren, d.h. im Jahr 2022.

Gemäss den neusten Prognosen wird der Zuschlag bis ins Jahr 2022 knapp nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren (Unterdeckung von rund 7 Mio. Franken).

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen die gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnisse aufnehmen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sonderpädagogik und der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.4 Bildungspotenziale fördern und -barrieren abbauen

- 3.4.1 Die duale Berufsbildung weiter stärken, Übergänge optimieren und durchlässig machen
- 3.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiter entwickeln
- 3.4.3 Qualität und Angebot der gymnasialen Bildung sichern

3.5 Informatische Bildung ausbauen

- 3.5.1 '1:1 Computing' an der Volksschule einführen
- 3.5.2 Informatik-Strategie Sekundarstufe II implementieren
- 3.5.3 Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern

3.6 Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.6.1 Stärkung der kulturellen Partnerschaften
- 3.6.2 Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Mit der Einführung der Schülerpauschalen konnte der indirekte Finanzausgleich abgeschafft werden, was zu einer Kostentransparenz führte. Die Steuerung des Bildungssystems muss aufgrund der Wirksamkeit weiter entwickelt werden (Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen [Checks]). Der zweite Bildungsbericht Schweiz wurde vorgelegt. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und

Kantone in Ausführung von Artikel 61 a Absatz 1 der Bundesverfassung lanciert haben. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Die Ziele der Fachhochschule Nordwestschweiz sind im vierkantonalen Leistungsauftrag festgehalten. Dieser wurde für die Jahre 2018-2020 erneuert. Die Fachhochschule erstattet jährlich zuhänden des Kantonsrates Bericht.

Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung, der Kreativität, der persönlichen Entfaltung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt für Mensch und Gesellschaft wichtig und bedeutsam. Der Kanton soll sich deshalb für konkrete Projekte der Kulturförderung, der Kulturpflege und der Kulturvermittlung gezielt und weitsichtig engagieren. Die strategischen Ziele und Massnahmen werden in einem Kulturleitbild festgehalten.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung im Bereich der Gesundheitsförderung, der Prävention und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist evident. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben. Darüber hinaus soll in Kooperation mit Bund, Gemeinden, Schulen, Sportvereinen und anderen Organisationen der Breitensport aktiv gefördert und mitgestaltet werden.

Im Oktober 2015 ist das Projekt "Neuer Finanzausgleich Kirchen im Kanton Solothurn" gestartet (RRB Nr. 2015/1512 vom 22.9.2015). Unter dem Vorsitz der Volkswirtschaftsdirektorin entwickelten Vertreter der Kirchen und des Kantons Modelle zur Neugestaltung des Finanzausgleichs. Der Bericht wurde im 2017 vorgelegt, mit RRB Nr. 2017/1226 am 4.7.2017 genehmigt und die Phase Gesetzgebung wurde freigegeben. Die gesetzlich und konkordatär festgelegten und heute vom DBK ausgerichteten Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen werden unverändert rund 1,0 Mio. Franken jährlich betragen.

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

714	Bildungsraum Nordwestschweiz			Ziel LP	B.1.4.2.
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E			Beschluss	RRB 2017/1827
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2021
	Amt Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6214	Projektfortführung gemäss Projektplan.	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Checks P3, P6, S2, S3 sind nun alle flächendeckend obligatorisch.	
6215	<i>Die Checks werden durch die Aufgabensammlung Mindesteps ergänzt.</i>	31. Dez 2018			
6454	<i>Die institutionelle Akkreditierung bis spätestens Ende 2022 ist gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz HFKG Voraussetzung für die Bezeichnung als Hochschule und für die Finanzierung durch den Bund. Die FHNW strebt diese im Jahr 2020 an.</i>	31. Dez 2020			
696	HarmoS			Ziel LP	B.1.4
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen.			Beschluss	RRB 2009/2450
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6203	Überprüfung Grundkompetenzen Sprache 6. Klasse.	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Grundkompetenzen wurden in der Erstsprache Deutsch und in der Fremdsprache Französisch überprüft. Die Ergebnisse werden im 4. Quartal 2018 veröffentlicht.	
6448	<i>Die Ergebnisse zu den Grundkompetenzen in der Erstsprache Deutsch und in der Fremdsprache Französisch werden im 4. Quartal 2018 veröffentlicht.</i>	31. Aug 2018			

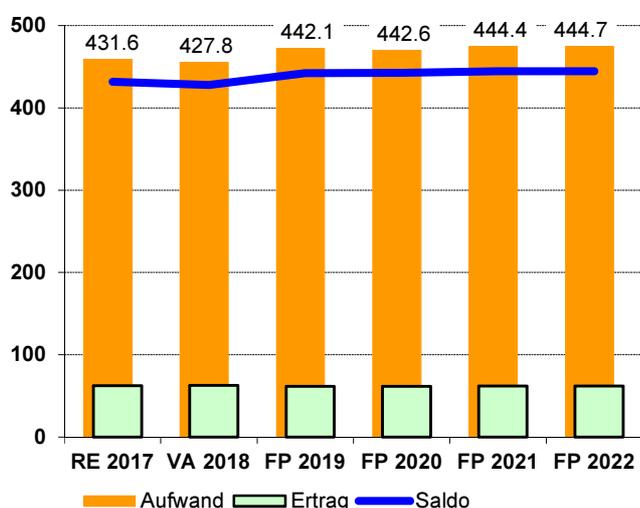
702	Spezielle Förderung					
	Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, deren Förderung im Regelklassenunterricht allein nicht erbracht werden kann, mit Massnahmen der Speziellen Förderung.	Beschluss	RRB 2011/227			
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	1. Aug 2018	
	Amt Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6210	Projektfortführung gemäss Projektplanung.	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Das Projekt SF wurde in Arbeitsgruppen bearbeitet und die Ergebnisse im Sommer 2017 vernehmlast.		
5573	<i>Neuer Schulversuch bis zum 1.8.2018 gem. KRB Nr. 1. Aug 2018 AD 195/2013 vom 11.12.2013.</i>					
986	Lehrplan 21			Ziel LP	B.1.4.1	
	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.	Beschluss	RRB 2010/931			
	Status In Arbeit	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2018	
	Amt Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6212	Erste Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrpersonen werden durchgeführt.	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Weiterbildungen der Lehrpersonen starteten im Herbst 2017.		
5743	<i>Weiterbearbeitung gemäss kantonomer Planung. 31. Jul 2018</i>					
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts					
	Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen.	Beschluss	Eingabe SIKO			
	Status Sistiert	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Jul 2018	
	Amt Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6216	Projektfortführung gemäss Projektplanung.	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Kompetenzen der religiösen Bildung werden vorerst nicht eingeführt.		
5543	Sonderpädagogik					
	Die im Nachgang zur Kantonalisierung der heilpäd. Sonderschulen eingeläutete Konsolidierung des Platzangebotes ist voranzutreiben. Die kant. Steuerung soll bis ca 2020 im Rahmen der Angebotsplanung 2020ff noch stärker wahrgenommen werden.					
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2019	
	Amt Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6217	Start der Erarbeitung einer neuen Angebotsplanung Sonderpädagogik.	1. Aug 2017	1. Aug 2017	Die Vorarbeiten sind gestartet. Als erste Arbeit werden die Normkosten in sonderpädagogischen Institutionen erhoben.		
6218	Plafonierung der Anzahl gesprochener Integrativen Sonderpädagogischen Massnahmen (ISM-Lektionen)	1. Okt 2017	1. Okt 2017	Die Anzahl Fälle konnte nicht plafoniert werden. Ausbau vor allem im Alter 4-8 Jahre. Stand Dez. 2017 10'560 Wochenlektionen.		
6462	<i>Normkostenprüfung und Definition von Pauschalbeiträgen. 31. Dez 2018</i>					
5546	Förderung Kinder im Vorschulalter					
	Projekt mit vier Pilotgemeinden zur Deutschförderung vor dem Kindergarten.					
	Status In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021	
	Amt Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6229	Erster Jahrgang beginnt im August 2017.	31. Aug 2017	31. Aug 2017	55 Kinder sind im Projekt gestartet.		
6449	<i>Einbezug von Kindertagesstätten zur Qualitätsverbesserung prüfen. 31. Aug 2018</i>					

5591	'1:1 Computing' an der Volksschule einführen	Ziel LP	B.3.5.1
	Alle SchülerInnen von der 3. Primarschulklasse bis Ende Sekundarstufe I sind mit einem eigenen mobilen Computer nach den Vorgaben der Schulstufe ausgerüstet und nutzen diesen als persönliches Schulmaterial.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Volksschulamt		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6457	Grundlagen für die Einwohnergemeinden sind erarbeitet.	31. Dez 2018	
5469	Beschaffung der kantonalen Schulverwaltungssoftware Projekt KASCHUSO	Ziel LP	B.1.2
	Ersatz der bestehenden Schulverwaltungssoftware durch eine neue, technisch aktuelle. Die neue Software soll als einzige strategische Schulverwaltungssoftware für alle kantonalen Schulen im AIO betrieben werden.	Beschluss	SGB 194/2014
	Status Erledigt Start-Datum 16. Dez 2014 Soll-Termin 31. Dez 2017 Ist-Termin 31. Dez 2017		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen Kategorie keine		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6204	Erfolgreiche Migration und Einführung an Berufsbildungszentren ist abgeschlossen.	31. Dez 2017	31. Dez 2017 Die Einführung wurde per Ende Oktober 2017 an allen BBZ (inkl. EBZ/HF) sowie Wallierhof abgeschlossen. Die Applikation wurde in den Produktivbetrieb überführt.
5544	Informatikstrategie kantonale Schulen Sekundarstufe II	Ziel LP	B.3.5.2
	Informatikstrategie Sekundarstufe II implementieren.	Beschluss	RRB 2017/521
	Status In Arbeit Start-Datum 21. Mrz 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6219	Etablierung der neuen Organisation zur Führung und Koordination der gemeinsamen Informatik.	31. Mai 2017	31. Dez 2017 Die Organisation ist konstituiert. Erste Arbeitsaufträge sind erteilt. Rechtliche Anpassungen sollen bis Ende Mai 2018 vorliegen.
6221	Erstellung BYOD-Konzept kantonale Schulen (Sekundarstufe II). Konzept und rechtl. Anpassungen sind bis Ende Mai verabschiedet. Umsetzung per 1.8.2018.	31. Mrz 2018	
6220	Verbindliches Sicherheitsrahmenkonzept wird verabschiedet, um einlaufend per 1.8.2018 die Implementierung zu ermöglichen.	31. Jul 2018	
5595	Duale Berufsbildung weiter stärken, Übergänge optimieren+durchlässig machen	Ziel LP	B. 3.4.1
	Alle im Kanton niedergelassene Jugendliche und Erwachsene erwerben einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Abschluss auf der Sek II Stufe mit einem Anschluss an die Tertiärstufe. Für Personen ohne Berufsabschluss werden gezielte Angebote geschaffen.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6452	Bedarfsgerechte, nachhaltige Integrationslösungen anbieten.	1. Aug 2018	
6453	Konsolidierung Lehrgang "Passerelle Berufsmaturität - Fachmaturität - universitäre Hochschulen; Überführung des vierjährigen Schulversuchs in ein Definitivum.	31. Jul 2019	
5592	Qualität und Angebot der gymnasialen Bildung sichern	Ziel LP	B.3.4.3
	Festlegung von basalen fachlichen Kompetenzen für allg. Studierfähigkeit in Erstsprache und Mathematik im kant. Lehrplan für das Gymnasium. Überführung des Schulversuchs 'Schwerpunktfach Englisch' in ein Definitivum auf ganzem Kantonsgebiet.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6456	Umsetzung Schwerpunktfach Englisch.	31. Dez 2018	
6455	Überprüfung Deutsch und Mathematik im Lehrplan Gymnasium.	31. Dez 2019	

5593	Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern	Ziel LP	B.3.5.3
	Gesamtsanierung der Kantonsschule Olten und die Sanierung des BBZ Olten und der Kantonsschule Solothurn gem. Investitionsprogramm des Hochbauamtes realisieren und die Durchführung des Sportuntererichts auf der Sek II Stufe langfristig sichern.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6458	Sanierungsprogramm Schulen und Standorte gem. Hochbauamt.	31. Dez 2018	
6459	Konzept langfristige Nutzung Turn-/Sporthalle Sekundarstufe II (Olten/Solothurn) gem. Hochbauamt erarbeiten.	31. Dez 2019	
720	Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert		
	Publikation der Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert bearbeiten.	Beschluss	RRB 2005/160
	Status In Arbeit Start-Datum 9. Dez 2009 Soll-Termin 31. Dez 2017		
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
203	Die Drucklegung beginnt im Frühjahr 2017; Vernissagetermin 31.10.2017.	31. Dez 2017	Die Arbeiten waren aufwendiger als geplant. Die Fertigstellung und die Vernissage mussten auf Frühjahr 2018 verschoben werden.
6450	Fertigstellung der Publikation und Vernissage.	31. Dez 2018	
724	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS)	Ziel LP	B.3.4.1
	Investitionen sind zu ermöglichen (Sanierungen, Digitalisierung) und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn sicherzustellen. Dieses Projekt vom 1.8.05 wurde per 31.12.17 abgeschlossen.	Beschluss	SGB 118/2013
	Status Erledigt Start-Datum 1. Aug 2005 Soll-Termin 31. Dez 2017	Ist-Termin	31. Dez 2017
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6205	Abschluss der Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Solothurn und den Regionsgemeinden (Repla). Das Projekt RFID-basierte Ausleihe mit Selbstverbuchung durch Benutzende soll Ende 2017 umsetzungsreif sein.	31. Dez 2017	31. Dez 2017 Die Vereinbarungen mit der Stadt und den Regionsgemeinden konnten trotz intensivsten Bemühungen der ZBS noch nicht abgeschlossen werden. Die RFID-basierte Ausleihe wird infolge Verzögerung der Datenmigration auf 2020 verschoben.
5600	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken	Ziel LP	B.3.6.2
	Sicherstellung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn, damit Investitionen zur Sanierung und Digitalisierung ermöglicht werden.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6473	Abschluss der Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Solothurn und den Regionsgemeinden (Repla). Migration der Daten aus dem alten System aus den 90er Jahren aufs neue System.	31. Dez 2018	
6474	RFID-basierte Ausleihe mit Selbstverbuchung durch Benutzende soll Ende 2020 umsetzungsreif sein.	31. Dez 2020	
5594	Stärkung der kulturellen Partnerschaften	Ziel LP	B.3.6.1
	Eine Auslegeordnung der sol. Kulturlandschaft soll die Grundlage zur Definition weiterführender strategischer Ziele und Massnahmen im Hinblick auf eine gezielte, zukunftsgerichtete Stärkung, Förderung und Pflege der kulturellen Partnerschaften bilden.	Beschluss	RRB 2017/1803
	Status In Arbeit Start-Datum 1. Aug 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021		
	Amt Amt für Kultur und Sport		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6460	Die Arbeiten an einer umfassenden Auslegeordnung der Solothurner Kulturlandschaft starten.	31. Dez 2018	
6461	Verabschiedung Kulturleitbild Kanton Solothurn.	1. Jan 2020	

Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	216.5	218.7	223.6	223.5	224.6	224.2
Ertrag	-54.5	-55.3	-54.5	-54.6	-54.8	-54.8
Globalbudgetsaldo	162.0	163.4	169.1	168.8	169.8	169.4
Verrechnungen	28.6	27.8	27.8	27.8	27.8	27.8
Saldo	190.6	191.2	196.8	196.6	197.6	197.1
Finanzgrössen						
Aufwand	248.5	244.1	252.6	253.2	254.1	254.8
Ertrag	-7.8	-7.5	-7.3	-7.2	-7.3	-7.3
Verrechnungen	0.3	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	241.0	236.6	245.3	246.0	246.8	247.5
Saldo total	431.6	427.8	442.1	442.6	444.4	444.7



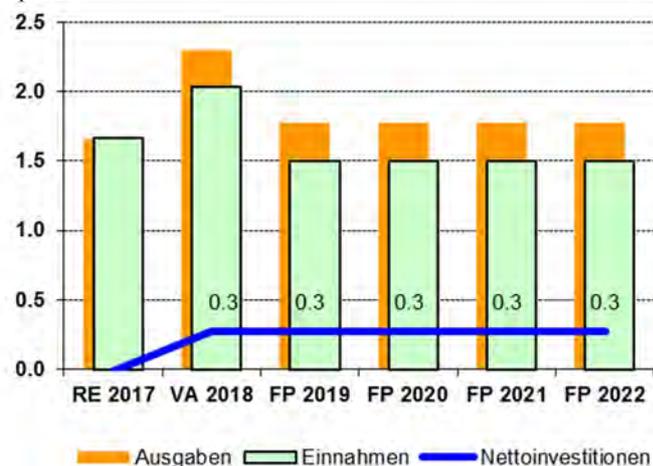
Der Voranschlag 2018 liegt 3,8 Mio. Franken unter der Rechnung 2017. Der Massnahmenplan 2014 lässt sich im Bereich Sonderschulen nicht vollständig umsetzen. Das Budget der Finanzgrösse Sonderschulen ist voraussichtlich zu tief.

In den Finanzplänen 2019-2022 wurde der Aufwand der Finanzgrösse Sonderschulen entsprechend angepasst (rund 7,8 Mio. Fr.). Weiter steigen die Beiträge an Gemeinden für Schülerpauschalen aufgrund der Anpassung des Lektionenpools schulische Heilpädagogik und der ansteigenden Schülerzahlen. Das führt zu Mehraufwendungen von rund 2,2 Mio. Fr.. Und schliesslich haben mehr Schüler im Heilpädagogischen Schulzentrum und das Spezialangebot Verhaltensauffälligkeiten Mehraufwendungen von rund 2,9 Mio. Fr. zur Folge.

Investitionsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total						
Ausgaben	1.7	2.3	1.8	1.8	1.8	1.8
Einnahmen	1.7	2.0	1.5	1.5	1.5	1.5
Nettoinvestitionen	0.0	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3

Einzelne Nettoinvestitionen

Stipendien	-0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
------------	------	-----	-----	-----	-----	-----



In der Rechnung 2017 waren die Ausgaben und Einnahmen gleich hoch. Normalerweise ist die Summe der ausbezahlten Darlehen jeweils höher als die Summe der Rückzahlungen. Das wurde im Voranschlag 2018 und den Finanzplänen 2019-2022 entsprechend abgebildet. Die Darlehen sind innert acht Jahren nach Abschluss der Ausbildung zurückzuzahlen. Davon sind die ersten vier Jahre zinsfrei.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1 Gleichgewicht des Finanzhaushaltes erhalten

- 1.1.1 Sanierungsmassnahmen ergreifen
- 1.1.2 Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Die vergangene Legislaturperiode war prioritär vom Ziel der Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichtes geprägt. Um das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Franken zu beseitigen, wurden zwei Massnahmenpläne 2013 und 2014 verabschiedet. Sie führten zu finanziellen Verbesserungen von rund 30 Mio. Franken (Massnahmenplan 2013) und rund 110 Mio. Franken (Massnahmenplan 2014) und haben den Finanzhaushalt stabilisiert. Eine nachhaltige Finanzpolitik und die Sicherstellung der Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit auf allen Ebenen ist weiterhin zentral um die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn zu stärken.

In diesem Umfeld ist auch die vom Bund vorgegebene Steuervorlage 17 (SV 17) umzusetzen. Ziel dieser Steuerreform ist der Erhalt der steuerlichen Attraktivität des Unternehmensstandortes Schweiz unter gleichzeitiger Abschaffung international nicht anerkannter Steuerpraktiken. Bei der Umsetzung der SV 17 auf kantonaler Ebene ist das Ziel zu verfolgen, die Standortattraktivität des Kantons Solothurn im internationalen und interkantonalen zu verbessern. Gleichzeitig sollen flankierende Massnahmen zugunsten der Einwohner und Einwohnerinnen vorgesehen werden.

Auswirkungen Steuervorlage 17 (SV17)

Die detaillierten Auswirkungen der SV17 gestalten sich wie folgt:

Beträge in Mio. Franken	Kanton	Gemeinden
<i>Juristische Personen</i>		
Gewinnsteuer	- 61.5	- 70.7
Kapitalsteuer	- 4.7	- 5.4
Steuereffekt ordentlich besteuerte Gesellschaften	+ 4.2	+ 4.8
Finanzausgleichsteuer inkl. Steuereffekt	- 6.2	
Steuereffekt Bundessteueranteil	+ 2.5	
Total juristische Personen	- 65.7	- 71.3
<i>Erhöhung Bundessteueranteil auf 21.2%</i>	+ 14.7	
<i>Gegenfinanzierung Steuerbereich</i>		
Erhöhung Teilbesteuerung Dividenden auf 75%	+ 3.3	+ 3.9
Erhöhung Vermögenssteuer	+ 7.8	+ 8.9
Total Gegenfinanzierung Steuerbereich	+ 11.1	+ 12.8
<i>Flankierende Massnahmen Steuerbereich</i>		
Erhöhung Abzug Kinderbetreuungskosten	- 0.4	- 0.4
Entlastung Einkommenssteuer	- 3.6	- 4.2
Total Flankierende Massnahmen Steuerbereich	- 4.0	- 4.6
<i>Flankierende Massnahmen im Sozial- und Bildungsbereich</i>		
Finanzierung Familienergänzungsleistungen	+ 6.3	
Finanzierung Betreuungsgutscheine		
Finanzierung IT-Bildung	+ 1.2	+ 7.0
Total Flankierende Massnahmen Sozial-, Bildungsbereich	+ 7.5	+ 7.0
<i>Zusammenzug</i>		
Juristische Personen	- 65.7	- 71.3
Erhöhung Bundessteueranteil	+ 14.7	
Gegenfinanzierung Steuerbereich	+ 11.1	+ 12.8
Flankierende Massnahmen Steuerbereich	- 4.0	- 4.6
Flankierende Massnahmen im Sozial- und Bildungsbereich	+ 7.5	+ 7.0
Total	- 36.4	- 56.1
Finanzieller Ausgleich Kanton an Gemeinden	- 40.0	+ 40.0
Total Minderertrag	- 76.4	- 16.1

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5553 Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn

Anpassung der gesetzlichen Grundlage auf der Grundlage des Gutachtens Gächter.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **1. Jan 2018** Ist-Termin **1. Okt 2017**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6266	Entwurf B+E	31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Vorlage erarbeitet.
6267	RRB und KRB	30. Jun 2017	30. Jun 2017	Der Kantonsrat hat der Gesetzesvorlage am 9. Mai 2017 zugestimmt (RG 0022/2017).
6268	Inkrafttreten	1. Jan 2018	1. Okt 2017	Das revidierte Gesetz tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft.

5554 Teilrevision WoV-Gesetz (Spezialfinanzierung)

Anpassen des WoV-Gesetzes zur Minimierung der Spezialfinanzierungen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **1. Mai 2018**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6269	Entwurf B+E	31. Mrz 2017	30. Jun 2017	Entwurf des WoV-Gesetzes wurde erarbeitet. Mitberichtsverfahren durchgeführt.
6270	RRB und KRB	30. Jun 2017	31. Dez 2017	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 20.12.2017 zugestimmt (RG 0183/2017).
6271	Inkrafttreten	1. Mai 2018		

5611 Teilrevision WoV-Gesetz (Kantonale Finanzkontrolle)

Anpassen des WoV-Gesetzes zur Stärkung der Kantonalen Finanzkontrolle.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **1. Jan 2019**
 Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6538	Entwurf B+E	30. Jun 2018		
6539	Verabschiedung RRB und KRB	31. Dez 2018		
6540	Inkrafttreten	31. Mrz 2019		

5116 Massnahmenplan 2013

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Status **Erledigt** Start-Datum **30. Jun 2013** Soll-Termin **31. Mrz 2017** Ist-Termin **31. Mrz 2017**
 Amt **Amt für Finanzen** Kategorie **MP 2013**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5979	Berichterstattung im GesB 2015	31. Mrz 2016	31. Mrz 2016	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.
6278	Berichterstattung im GesB 2016	31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.

5445 Massnahmenplan 2014

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Status **Erledigt** Start-Datum **30. Jun 2014** Soll-Termin **31. Mrz 2018**
 Amt **Amt für Finanzen** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5977	Berichterstattung im GesB 2015	31. Mrz 2016	31. Mrz 2016	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.
6279	Berichterstattung im GesB 2016	31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.
6557	Berichterstattung im GesB 2017	31. Mrz 2018	31. Mrz 2018	Berichterstattung im Geschäftsbericht vorgenommen.

5415 SAP Redesign

Aufsetzung und Bereinigung aller SAP-Module auf neues System. Umsetzung in zwei Lose:
Human Resources (HR) und Finanzen, Logistik, Basis (Finanzen + Basis)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2018**

Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5936	Einführung HR	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Das Modul HR konnte termingerecht in Betrieb genommen werden.
5937	Konzept Finanzen + Basis	31. Mrz 2017	31. Mrz 2017	Die Konzeptphase für Finanzen + Basis konnte erfolgreich abgeschlossen werden.
6264	Teilprojekt eDossier	30. Sep 2017	30. Sep 2017	Das Teilprojekt konnte erfolgreich eingeführt werden.
6265	Teilprojekt eRecruiting	30. Sep 2017	31. Dez 2017	Das Teilprojekt eRecruiting konnte abgeschlossen und das Modul in Betrieb genommen werden.
5938	Realisierung Finanzen + Basis	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Der Bereich Finanzen und Basis konnte erfolgreich realisiert werden.
5939	Einführung Finanzen + Basis	1. Jan 2018	1. Jan 2018	Das Los 2 mit den Modulen aus dem Bereich Finanzen und die Basissoftware wurde am 1. Januar 2018 in Betrieb genommen.
6537	Konzept Kreditoren-/Spesenworkflow	31. Dez 2018		
5940	Einführung Kreditoren-/Spesenworkflow	30. Sep 2019		

5610 Budgetprozess neu gestalten

Der Budgetprozess soll im zeitlichen Ablauf neu gestaltet werden mit dem Ziel, aktuellere und zeitnähere Budgetzahlen zu erhalten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2017** Soll-Termin **30. Sep 2018**

Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6533	Vorabklärungen	31. Dez 2017	31. Dez 2017	
6534	Entscheid Büro Kantonsrat	31. Mrz 2018	31. Dez 2017	Negativer Entscheid. Die FIKO beabsichtigt beim Büro des Kantonsrates vorstellig zu werden.
6535	Konzept erarbeiten	30. Jun 2018		
6536	Umsetzung neuer Budgetprozess	30. Sep 2018		

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel, eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2022**

Amt **Steueramt**

Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung	31. Mrz 2015	31. Mrz 2015	Datenerhebung wurde abgeschlossen.
5626	Konzept für Neubewertung	31. Dez 2018		Aufgrund umfangreicher Daten sowie zusätzlicher Abklärungen und Verhandlungen mit Interessengruppen verzögert sich die Teilrevision.
5627	Vernehmlassungsentwurf	31. Mrz 2019		
5628	B+E an Kantonsrat	30. Jun 2019		
5629	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2019		
5630	Volksabstimmung	31. Mrz 2020		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2022		

5478 SOTAXX neue Steuersoftware

Die bestehende Steuerlösung INES muss abgelöst werden. Evaluation einer Standardlösung, welche die geforderten Anforderungen erfüllt und anschliessend Realisierung, Migration und Produktivbetrieb.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5941	Ausschreibung	31. Dez 2015	31. Dez 2015	Ausschreibung erfolgt, zwei Lieferanten haben Offerten eingereicht.
5980	Zuschlagsentscheid mittels RRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Mit RRB 2016/750 vom 26. April 2016 wurde der Auftrag vergeben.
5981	Kreditbewilligung durch KR	30. Sep 2016	8. Nov 2016	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung am 8. November 2016 zugestimmt (SGB 0130/2016).
5982	Vertragsabschluss mit Lieferanten	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Der Dienstleistungsvertrag konnte mit dem Lieferanten unterzeichnet werden.
5983	Projektstart Kickoff	10. Apr 2017	10. Apr 2017	Der Projektstart mit dem Kickoff-Meeting hat stattgefunden.
6263	Konzeptphase beendet	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Konzeptphase konnte Ende 2017 abgeschlossen werden.
6262	Realisierungsphase abgeschlossen (Testbereit)	30. Sep 2019		
5984	Produktivbetrieb aufnehmen	1. Jan 2020		

5607 Gesetzesgrundlage für eFiling

Für die elektronische Eingabe von Steuererklärungen muss die rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6521	Konzept erarbeiten	31. Dez 2018		
6522	Entwurf B+E	30. Jun 2019		
6523	RRB und KRB	30. Sep 2019		
6524	Inkrafttreten	1. Jan 2020		

5491 Unternehmenssteuerreform III

Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) im Kanton Solothurn.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **1. Jan 2019** Ist-Termin **12. Feb 2017**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5987	Einsetzen Arbeitsgruppe Kanton und Gemeinden	31. Dez 2016	31. Dez 2016	Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen und Konzepte für die Umsetzung der USR III erarbeitet.
5988	Senkung Steuerfuss Juristische Personen	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Im Rahmen des Voranschlages 2017 wurde der Steuersatz für Juristische Personen von 104% auf 100% gesenkt. Das Schweizer Stimmvolk hat die USR III am 12. Februar 2017 abgelehnt.

5608 Steuervorlage 17 (SV17)

Umsetzung der Unternehmenssteuerreform (Steuervorlage 17) des Bundes im Kanton Solothurn.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2017** Soll-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6525	Beschluss Eckwerte SV17	31. Mrz 2018		
6526	Vernehmlassungsentwurf	30. Jun 2018		
6527	B+E an Kantonsrat	31. Dez 2018		
6528	Kantonsratsbeschluss	31. Mrz 2019		
6529	Volksabstimmung	30. Sep 2019		
6530	Inkrafttreten	1. Jan 2020		

5609 IKT-Strategie Kt. Solothurn

Anstelle der bestehenden IT-Strategie eine neue IKT-Strategie erarbeiten (Informations- und Kommunikationstechnologie).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **31. Dez 2019**

Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6531	Vorgehen Strategieerarbeitung festlegen	31. Dez 2018		
6532	Strategie durch RR verabschieden	31. Dez 2019		

5417 Desktop 2016

Evaluation und Ablösung des Desktop 2011.

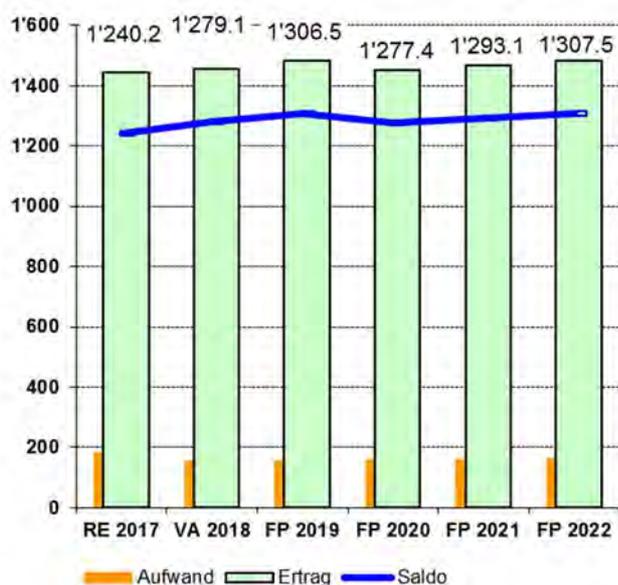
Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **30. Sep 2018**

Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5777	Architekturentscheid	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Architektur wurde konzipiert und festgelegt.
5779	RRB und KRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Kein KRB notwendig, genehmigt mit RRB 2016/709 vom 26. April 2016.
5985	Realisierung	31. Dez 2016	31. Dez 2016	System aufgebaut und im Amt für Informatik und Organisation in Betrieb genommen.
5986	Migration Verwaltung	30. Sep 2018		

Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

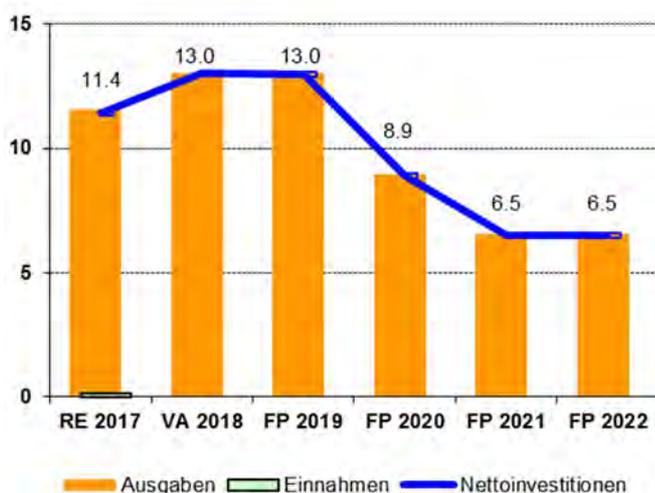
Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	85.4	86.5	88.5	89.5	89.4	89.5
Ertrag	-63.2	-60.0	-61.1	-61.2	-61.3	-61.4
Globalbudgetsaldo	22.2	26.5	27.4	28.3	28.1	28.1
Verrechnungen	-5.0	-6.0	-6.0	-6.0	-6.0	-6.0
Saldo	17.2	20.5	21.4	22.2	22.1	22.1
Finanzgrössen						
Aufwand	97.5	67.5	66.8	70.3	71.1	71.7
Ertrag	-1'381.2	-1'394.5	-1'420.8	-1'391.0	-1'407.5	-1'422.4
Verrechnungen	26.2	27.4	26.2	21.1	21.2	21.1
Saldo	-1'257.5	-1'299.6	-1'327.9	-1'299.6	-1'315.2	-1'329.6
Saldo total	-1'240.2	-1'279.1	-1'306.5	-1'277.3	-1'293.1	-1'307.5



In der Erfolgsrechnung ist bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und des Bevölkerungswachstums in den nächsten Jahren weiterhin mit leicht steigenden Erträgen zu rechnen. Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen sind die Auswirkungen der Steuervorlage 17 mitberücksichtigt. Ab 2020 ist deshalb einerseits mit einem deutlichen Rückgang der Steuererträge von juristischen Personen und andererseits mit einer Zunahme des Anteils an der Direkten Bundessteuer zu rechnen. Beim NFA kann mit einem Anstieg der Ausschüttungen gerechnet werden.

Ausgabenseitig ist in der Rechnung einerseits bei den Zinsen und andererseits bei den Abschreibungen im Informatikbereich mit höheren Kosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total						
Ausgaben	11.5	13.0	13.0	8.9	6.5	6.5
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.4	13.0	13.0	8.9	6.5	6.5



Der erhöhte Investitionsbedarf in den Jahren 2018 bis 2020 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den „End of Life Zyklus“ erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Insbesondere sind Beträge für die neue Fachanwendung NEST des Steueramtes enthalten. Die heutige Steuerlösung INES kann nur noch bis 2020 betrieben werden.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, die Aufsicht über die Leistungserbringer im Gesundheitswesen, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien, etc. sowie die Prävention.

2. Soziale Sicherheit

Die Präambel der Kantonsverfassung verdeutlicht, dass es eine Gesellschaftsordnung anzustreben gilt, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit der Menschen dient. Nach Art. 22 Kantonsverfassung strebt der Kanton ergänzend zur privaten Initiative und Verantwortung danach, im Rahmen der Zuständigkeitsordnung und der finanziellen Möglichkeiten die Sozialziele zu erreichen. Entsprechend gilt es gemäss § 1 des Sozialgesetzes:

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbstständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut und soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überleben zu gewähren
- den Missbrauch von Leistungen zu verhindern und bekämpfen

3. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten sowie Prävention und Repression im Strassenverkehr. Polizeipräsenz und rasche Interventionen im öffentlichen Raum sowie zielgruppenorientierte Präventionstätigkeiten dienen der Verhinderung und Abwehr von Gefahren. Weiter zählt zur Öffentlichen Sicherheit der rechtskonforme Vollzug sämtlicher (bspw. strafprozessualer oder ausländerrechtlicher) Haftarten sowie der durch die Gerichte ausgesprochenen Strafen und Massnahmen mit dem primären Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Auch ausländerrechtliche Massnahmen sowie der Vollzug von gerichtlich angeordneten Landesverweisungen dienen der Öffentlichen Sicherheit.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- 3.1.2 Integration ausländischer Wohnbevölkerung verstärken
- 3.1.3 Armut und Armutsgefährdung bekämpfen
- 3.1.4 Ambulante Angebote stärken
- 3.1.5 Ambulante Pflege reorganisieren
- 3.1.6 Häusliche Gewalt reduzieren
- 3.1.7 Neustrukturierung Asyl umsetzen
- 3.1.8 Familien finanziell entlasten
- 3.1.9 Eltern stärken und befähigen
- 3.1.10 Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit abschliessen

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

- 3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen
- 3.2.2 Spitalplanung 2012-2025 abschliessen
- 3.2.3 Grundsatz "ambulant vor stationär" fördern

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.1 Wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter entwickeln
- 3.3.2 Prävention optimieren - Sicherheitsvertrauen stärken
- 3.3.3 Subjektive Sicherheit stärken und objektive Sicherheit erhöhen
- 3.3.5 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern
- 3.3.6 Neues Zentralgefängnis planen und bauen

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Gesundheit

Gemäss Bundesgesetz über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz) müssen die Kantone ein kantonales Krebsregister führen. Der Bund sieht vor, die entsprechenden Bestimmungen per 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen. Da mehrere Kantone gemeinsam ein Register führen können, ist geplant, sich dem Krebsregister eines Nachbarkantons anzuschliessen. Nach erfolgter Implementierung ist mit jährlichen Kosten von ca. 0,5 Mio. Franken zu rechnen. Die Einführung eines Brustkrebs-Früherkennungsprogramms (Mammografie-Screening) im Kanton Solothurn bleibt bis 2020 sistiert, da gemäss Auftrag des Kantonsrates (KRB Nr. A190/2009) vorgängig ein Krebsregister geschaffen werden soll.

Die Spitalplanung erfolgt für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren, damit sich die beteiligten Partner (Leistungserbringer, Krankenversicherer, Kantone) langfristig darauf ausrichten können (Investitionsschutz, Rechtssicherheit). Als massgeblichen Planungshorizont für die erste Spitalplanung nach der per 1. Januar 2012 erfolgten KVG-Revision hat der Kanton Solothurn den Zeitraum 2012-2025 festgelegt. Im Juni 2017 genehmigte der Regierungsrat im Rahmen der Spitalplanung 2012-2025 die beiden Berichte "Grundlagen Spitalplanung Akutsomatik 2012-2025" und "Bedarfsermittlung 2025: Analyse und Prognose". Auf Basis der Spitalplanung 2012-2025 wurde die Spitalliste im Bereich Akutsomatik per 1. Januar 2018 aktualisiert (RRB Nr. 2017/2005 vom 28. November 2017). Es ist geplant, die Spitalplanung 2012-2025 mit der Aktualisierung der Spitalliste in den Bereichen Psychiatrie und Rehabilitation bis spätestens 2020 abzuschliessen.

Gemäss KVG sind die Vergütungen für die stationären Leistungen seit 1. Januar 2017 zu mindestens 55% von den Kantonen zu übernehmen (Krankenversicherer höchstens 45%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Der Regierungsrat hat am 31. Januar 2017 beschlossen, den Kantonsanteil ab 2018 weiterhin auf dem bundesgesetzlichen Minimum von 55% zu belassen (RRB Nr. 2017/180). Aufgrund der finanziellen Aussichten des Kantons soll in den nächsten Jahren davon nicht abgewichen werden.

2. Soziale Sicherheit

Familien sind eine wichtige Kernstruktur der Gesellschaft. Sie brauchen aber gute Rahmenbedingungen und Ressourcen, um erfolgreich funktionieren zu können. Dazu gehören eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie finanzielle Entlastungen. Zu denken ist an höhere Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL), Zugang zu bezahlbaren Fremdbetreuungsangeboten, eine ausreichende Verbilligung der Krankenkassenprämien und genügend hohe Abzüge bei den Steuern. So erhalten Kinder aus allen Schichten chancengleich die Gelegenheit, ihre Ressourcen zu entfalten.

Eine ausreichende Prävention ebenso wie eine gute Integration der Migrationsbevölkerung und derjenigen von Minderheiten sowie Randgruppen führen zu einer weiterhin tragfähigen und toleranten Gesellschaft. Zudem werden auf diesem Weg Sozialkosten verhindert. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die Menschen ihre Ressourcen frühzeitig entfalten können und so zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt werden. Vor diesem Hintergrund sind

- Schulen in der Präventionsarbeit zu unterstützen;
- Sucht, Gewalt und Probleme im Umgang mit Geld mit spezifischen Programmen zurückzudrängen und eine gesunde Lebensweise zu fördern;
- in Zusammenarbeit mit dem Bund, die spezifischen Integrationsangebote für die Migrationsbevölkerung vor allem in den Bereichen „Information und Beratung“, „Bildung und Arbeit“ sowie „Verständigung und gesellschaftliche Integration“ weiter zu entwickeln.

Die Sozialhilfequote im Kanton Solothurn liegt über dem schweizerischen Schnitt und ist 2016 erneut gestiegen. Dieser Entwicklung ist mit einer optimierten gesamtkantonalen Strategie zu begegnen. Insbesondere der Armutsgefährdung der Alleinerziehenden und älteren Arbeitslosen ist mit einer optimalen Abstimmung der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe zu begegnen. Die vorhandenen Strukturen sind effizient und schlank zu halten. Weiter müssen sich die Behörden auf neue Problemlagen, ein komplexeres rechtliches Umfeld und veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung einstellen. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, ist die bereits angegangene Organisationsentwicklung auf kommunaler und kantonaler Ebene weiterzuverfolgen. So werden nicht nur Strukturen bereinigt, sondern auch möglicher Missbrauch minimiert.

Die Ausgaben des Kantons für die Soziale Sicherheit sind in den vergangenen Jahren wohl weniger stark, aber dennoch gewachsen. Dieser Trend ist weiterhin mit gezielten und fairen Massnahmen positiv zu beeinflussen. Die Steuerung soll über eine enge Planung der stationären Angebote, das Festlegen verbindlicher Taxen, die eine wirtschaftliche Führung der Angebote fördern, sowie über das Stärken ambulanter Angebote erfolgen. Klare Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung tragen zum sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln bei. Entsprechend ist die Aufgabenentflechtung in der sozialen Sicherheit weiterzuführen und abzuschliessen. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden so auszugestalten, dass diese in der Lage sind, kommunale Leistungsfelder gesamtheitlich zu regeln und zu steuern. Im Asylbereich sind die kantonalen Vollzugsstrukturen auf den Betrieb eines Bundesasylzentrums anzupassen.

3. Öffentliche Sicherheit

Kantonspolizei

Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung beziehungsweise eine allfällige Verbesserung ist das oberste Ziel. Mit einem Leistungspaket an präventiven und repressiven Massnahmen im Rahmen eines ganzjährigen 24-Stunden Betriebes soll dieses Ziel erreicht werden. Die präventiven Zielsetzungen wirken unterstützend bei der zunehmend wichtigen polizeilichen Hauptaufgabe der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung.

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik richtet den Fokus nicht mehr alleine auf die objektive Sicherheit. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, welche die subjektive Sicherheit stärken. Rasche Interventionen mit Hilfe eines adäquaten Patrouillendispositivs und sichtbare Präsenz an

Brennpunkten verhelfen zu einem guten Sicherheitsgefühl. Optimierte Organisationsstrukturen berücksichtigen die Sicherheitsbedürfnisse, u.a. mit neuen Polizeiposten in den Ortszentren Grenchen, Derendingen und Olten City. Das Konzept der Sicherheit aus einer Hand erleichtert die Bewältigung der spezifischen Herausforderungen auf städtischem Gebiet. Die veränderte Sicherheitslage erfordert in verstärktem Mass eine laufende Lagebeurteilung sowie das Planen und Ergreifen nötiger Massnahmen. Unerlässlich ist die engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeikorps, dem Grenzwachtkorps und weiteren Partnern, um nötigenfalls aus dem Stand angemessen reagieren zu können.

Die präventiven Zielsetzungen, insbesondere eine zielgruppenorientierte Präventions- und Informationsarbeit wirken unterstützend bei der zunehmend wichtigen polizeilichen Hauptaufgabe der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung. Das kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) als Teil dieser Arbeit unterstützt die Bemühungen, Gefahren frühzeitig zu erkennen und Betroffene, Verwaltungsangestellte und generell die Bevölkerung durch geeignete Massnahmen vor zielgerichteten, schweren Gewalttaten zu schützen.

Die Bekämpfung des organisierten Menschen- und Drogenhandels sowie der Internetkriminalität mit starkem internationalen Bezug erfordert modernste technische Massnahmen und grosse Personalressourcen. Eine gewisse Priorisierung der Ermittlungsverfahren ist unumgänglich. Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen stetig zu, weshalb der Aus- und Weiterbildung ein grosses Gewicht zukommt. Insbesondere im technischen Bereich ist eine gewisse Spezialisierung unerlässlich.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr liegt der Schwerpunkt der polizeilichen Massnahmen bei der Beeinflussung des gefährlichen (strafbaren) Fahrverhaltens. Mit dem Betrieb eines Schwerverkehrszentrums an zentraler Lage werden die Bemühungen, die Sicherheit im Strassenverkehr zu erhöhen und insbesondere die Risiken des zunehmenden (internationalen) Schwerverkehrs zu reduzieren, optimal ergänzt. Der Bund/ASTRA unterstützt und beteiligt sich beim geplanten Bau und Betrieb eines Schwerverkehrszentrums in Oensingen. Die Inbetriebnahme ist für 2020/2021 geplant.

Die Verfügbarkeit sachgerechter und moderner Führungs- und Einsatzmittel ist eine Voraussetzung, um die vielfältigen Polizeiaufgaben effektiv und effizient erledigen zu können. Um den steigenden Anforderungen und der Erwartungshaltung im Bereich der mobilen Datenkommunikation gerecht zu werden, werden die Mitarbeitenden der Polizei mit mobilen Endgeräten und Smartphones ausgestattet. Die Sicherstellung einer raschen und taktisch richtigen Einsatzdisposition erfolgt durch die Implementierung einer neuen Kommunikations- und Dispositionslösung zwischen Einsatzfahrzeugen und der Alarmzentrale. Eine neue Schiessanlage (Schliessung der alten Anlage infolge Lärmbelastung) schafft die Voraussetzung für die Gewährleistung der hohen Einsatzbereitschaft und einem der Risiken angepassten Ausbildungsstandard.

Justizvollzug

Die Justizvollzugsanstalt Solothurn (JVA Solothurn) ist die einzige geschlossene Institution für den Massnahmenvollzug im Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie hält sich für weitere Entwicklungen in diesem Bereich bereit und bleibt anpassungsfähig. Synergien zum geschlossenen Strafvollzug mit bestehenden Kompetenzen sollen noch besser genutzt werden.

Die Auslastung der Untersuchungsgefängnisse bewegt sich nach wie vor in einer kritischen Höhe. Die Arbeiten im Hinblick auf den Neubau eines Zentralgefängnisses sind in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt voranzutreiben.

Generell ist in allen Bereichen des Justizvollzuges ein Zuwachs von betreuungsintensiven Insassen und Klienten festzustellen.

Auf nationaler Ebene werden namentlich die Projekte in den Bereichen Electronic Monitoring, Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS) und Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS) weiterentwickelt und mit entsprechendem Anpassungsbedarf in den Kantonen implementiert.

Migration

Mit der Umsetzung des beschleunigten Asylverfahrens im Jahr 2019 verpflichtet sich der Kanton Solothurn (Migrationsamt) mit dem Bundesasylzentrum im Schachen, zusätzlich den Wegweisungsvollzug abgewiesener Asylsuchender des Bundesasylzentrums sicherzustellen. Im gleichen Zeitraum werden dem Migrationsamt mit dem Inkrafttreten von integrationsrechtlichen Bestimmungen, bei welchen neu Prüf- und Durchsetzungsmöglichkeiten für gesetzlich definierte Integrationskriterien geschaffen werden, zusätzliche Aufgabenbereiche zugewiesen.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5523 Neues Zentralgefängnis planen und bauen		Ziel LP	B.3.3.6		
Die betrieblichen Interessen (inkl. Administrativhaftplätze) der heutigen Untersuchungsgefängnisse und die Nutzung von Synergien mit der JVA sind Ddl-intern geklärt. Das HBA ist in seinen Planungs- und Bauarbeiten unterstützt.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	15. Nov 2016	Soll-Termin	1. Jan 2025
Amt	Amt für Justizvollzug	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6357	Rahmenkonzept von Ddl genehmigt (Bedarf Administrativhaftplätze geklärt)	30. Apr 2018			
6230	Wettbewerb ist durchgeführt; Auftragserteilung ist erfolgt	31. Dez 2018			
6232	Volksabstimmung ist durchgeführt	31. Dez 2020			
5513 Totalrevision Gesundheitsgesetz					
Gesundheitsgesetz ist an die aktuelle Gesetzgebung des Bundes angepasst (Gesundheitsberufegesetz, Krebsregistrierungsgesetz, Epidemiengesetz, Heilmittelgesetz etc.) und die Systematik des Gesetzestextes ist optimiert.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2016	Soll-Termin	1. Jul 2019
Amt	Gesundheitsamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6087	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	30. Nov 2017	14. Nov 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/1903 vom 14. November 2017.	
6111	B+E zuhanden KR ist beschlossen	30. Jun 2018			
6564	Inkrafttreten	1. Apr 2019			
5596 Teilrevision Gesetz über den Justizvollzug					
Vorschriften zur Erhöhung der Öffentlichen Sicherheit und zur Optimierung der Bereiche Kosten- und Datenschutz sind geschaffen.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Feb 2018	Soll-Termin	1. Jan 2020
Amt	Amt für Justizvollzug				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6471	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	30. Sep 2018			
6563	B+E zuhanden KR ist beschlossen	30. Jun 2019			
6565	Inkrafttreten	1. Jan 2020			
5604 Teilrevision Sozialgesetz					
Optimierungen im Bereich Sozialhilfe, insbesondere im Bereich Rückerstattungen.					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	1. Jan 2019
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6518	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mai 2018			
6519	Inkrafttreten	1. Jan 2019			

5575 Konzept Palliative Care							
Ein Behandlungs- und Betreuungskonzept ist erarbeitet (KRB Nr. A 033/2017).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2018		
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6372	Auftrag formuliert und Arbeitsgruppe eingesetzt	28. Feb 2018	20. Feb 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/207 vom 20. Februar 2018.			
6373	<i>Konzept ist erarbeitet</i>	31. Dez 2018					
5577 Spitalplanung 2012 - 2025 abschliessen							
Spitallisten Psychiatrie und Rehabilitation sind aktualisiert.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Gesundheitsamt					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6445	RRB Aktualisierung Spitalliste Akutsomatik beschlossen	31. Dez 2017	28. Nov 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/2005 vom 28. November 2017.			
6427	<i>RRB Grundlagen Spitalplanung 2012-2025 beschlossen</i>	31. Okt 2020					
6430	<i>RRB Aktualisierung Spitalliste Psychiatrie ist beschlossen</i>	31. Dez 2020					
6562	<i>RRB Aktualisierung Spitalliste Rehabilitation ist beschlossen</i>	31. Dez 2020					
5576 Grundsatz "ambulant vor stationär" fördern							
Massnahmen, welche die Quote ambulanter medizinischer Eingriffe erhöhen, sind evaluiert bzw. umgesetzt.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Gesundheitsamt					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6568	<i>Liste ambulant durchzuführender elektiver Eingriffe gemäss Bundesrecht ist umgesetzt</i>	1. Jan 2019					
6561	<i>Spitalgesetz mit Grundlage für erweiterte Liste ambulant vorzunehmender Eingriffe ergänzt</i>	31. Mrz 2019					
6374	<i>Massnahmen zur Erhöhung der Quote ambulanter medizinischer Eingriffe sind evaluiert bzw. umgesetzt</i>	30. Nov 2020					
5204 Krebsregister							
Führung eines Krebsregisters gemäss Krebsregistrierungsgesetz des Bundes							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2017	Soll-Termin	31. Mrz 2019		
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6159	Rechtsgrundlagen im Entwurf Gesundheitsgesetz enthalten (siehe Projekt Nr. 5513)	31. Jul 2017	31. Jul 2017	Erledigt.			
6319	<i>Entscheid Anschluss an ausserkantonales Krebsregister gefällt</i>	30. Jun 2018					
6320	<i>Krebsregister operativ</i>	1. Feb 2019					
5205 Mammografie-Screening							
Einführen Mammografie-Screening							
Status	Sistiert	Start-Datum	1. Nov 2012				
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5223	B + E Verpflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen				Sistiert bis Krebsregister geschaffen ist.		

5560 Monitoring Patientenströme in der Nordwestschweiz							
Stationäre Patientenströme der Jahre 2014-2016 analysiert und dokumentiert.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Mrz 2017	Soll-Termin	31. Mrz 2018	Ist-Termin	31. Mrz 2018
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6313	Auftrag an externe Beratungsfirma erteilt	30. Apr 2017	24. Apr 2017	Erledigt. Auftrag geht an socialdesign AG, Bern.			
6314	Kick-Off durchgeführt	31. Mai 2017	15. Mai 2017	Erledigt.			
6316	Analyse Monitoring fertiggestellt	31. Mrz 2018	31. Mrz 2018	Erledigt.			
5472 Beitritt Konkordat zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung							
Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung gemäss GDK-Beschluss vom 20. November 2014.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Aug 2016	Soll-Termin	24. Sep 2017	Ist-Termin	24. Sep 2017
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5913	B + E zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	10. Jan 2017	10. Jan 2017	RRB 2017/52 vom 10. Januar 2017.			
5914	Volksabstimmung erfolgt	24. Sep 2017	24. Sep 2017	Erledigt. 71% Zustimmung.			
5578 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern							
						Ziel LP	B.3.1.1
Finanzhilfen des Bundes für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie für Projekte zur besseren Abstimmung von Familie und Erwerbstätigkeit sind erschlossen.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6375	Grundlagen und Gesamtkonzept gemäss den Verordnungen des Bundes sind erstellt	31. Dez 2018					
6376	Gemeinden, Verbände und Institutionen sind über die Bedingungen, Kriterien und Vorgehensweise informiert	30. Jun 2019					
6377	Alle Subventionserhöhungen der Gemeinden und allenfalls Dritter sind erfasst; Mitberichte für die Projektfinanzierungen sind erstellt	31. Dez 2020					
6379	Steigerung der KITA Platzzahl 2020 im Vergleich zu 2017 um 10%	31. Mrz 2021					
6378	Bundessubventionen sind beantragt	30. Jun 2021					
5584 Integration ausländischer Wohnbevölkerung verstärken							
						Ziel LP	B.3.1.2
Massnahmen zur Integrationsförderung gemäss Integrationsprogramm sind umgesetzt.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	30. Nov 2021		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6399	Programmvereinbarung mit Bund über KIP II (2018-2021) ist abgeschlossen und unterzeichnet	22. Dez 2017	19. Dez 2017	Erledigt. RRB-Nr. 2017/2160 vom 19. Dezember 2017.			
6400	Strategie Umsetzung Regelstrukturansatz und Form der innerkantonalen Steuerung und Koordination ist geklärt	30. Apr 2018					
6517	"start.integration" im ganzen Kanton eingeführt	21. Dez 2018					
6406	Ein Massnahmenplan zur Zahl offener Lehrstellen und zur Optimierung des Zugangs zur tertiären Bildung ist genehmigt	20. Dez 2019					
6411	Gremien zum Aufbau der verwaltungsinternen Plattform Integration sind eingesetzt und die normativen Grundlagen sind geschaffen	30. Nov 2021					

5586	Armut und Armutsgefährdung bekämpfen	Ziel LP	B.3.1.3
Strategie und Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut ist erarbeitet und wird umgesetzt.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6437	Programme liegen vor; Umsetzung ist gestartet	31. Jul 2021	

5583	Ambulante Angebote stärken	Ziel LP	B.3.1.4
Die Planungen über stationäre Angebote im Bereich Alter und Behinderung liegen vor und werden umgesetzt. Ambulante Angebote werden gleichzeitig gestärkt.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6396	Versorgungskette in den Bereichen Alter und Behinderung ist geklärt	31. Dez 2018	
6397	Arbeitsgruppe betreffend Abbau von Hindernissen bei der Finanzierung ambulanter Angebote ist eingesetzt	1. Jan 2019	
6398	Umsetzungsmassnahmen, ev. Anpassung des Sozialgesetzes, sind erarbeitet	31. Dez 2019	
6438	Moderates Wachstum der Platzzahlen bei stationären Angeboten im schweizweiten Vergleich	30. Jun 2021	
6439	Bedarf an ambulanten Strukturen mit direktem Entlastungseffekt gegenüber den stationären Strukturen ist erfasst und das Angebot geklärt	30. Jun 2021	

5587	Ambulante Pflege reorganisieren	Ziel LP	B.3.1.5
Leistungsaufträge sind vereinheitlicht, Restfinanzierung nach KVG ist geregelt, Subjektfinanzierung ist umgesetzt. Die Grundlagen für eine definitive Festlegung der Taxen sind erarbeitet.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017 Soll-Termin 31. Jul 2021
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6284	Vereinbarung Spitexverband und VSEG abgeschlossen	30. Apr 2017	20. Apr 2017 Erledigt. Zustimmung Vorstand VSEG und Spitexverband zu Mustervereinbarungen.
6285	B+E Vernehmlassung Änderung Sozialgesetz zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	30. Jun 2017	20. Jun 2017 Erledigt. RRB Nr. 2017/1038 vom 20. Juni 2017.
6413	B+E zu Handen Kantonsrat ist beschlossen	30. Jan 2018	23. Jan 2018 Erledigt. RRB Nr. 2018/0099 vom 23. Januar 2018.
6414	Publikation regierungsrätliche Taxempfehlung	1. Jul 2018	
6415	Berechnung Medianwerte 2018	30. Jun 2019	
6416	Berechnung Medianwerte 2019	30. Jun 2020	
6418	Modell ist flächendeckend eingeführt; die Taxen sind verbindlich festgelegt	31. Dez 2020	
6417	Berechnung Medianwerte 2020	30. Jun 2021	

5580	Häusliche Gewalt reduzieren	Ziel LP	B.3.1.6
Ein Gewaltpräventionsprogramm mit Schwerpunkt Häusliche Gewalt liegt vor.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018 Soll-Termin 3. Jan 2019
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6382	Arbeitsgruppe Prävention Häusliche Gewalt ist eingesetzt	30. Apr 2018	
6383	Entscheid über Antrag zur Schaffung einer Gewaltberatungsstelle liegt vor	31. Jul 2018	
6384	Gewaltpräventionsprogramm mit Schwerpunkt Häusliche Gewalt 2019-2022 ist durch RR beschlossen	30. Nov 2018	
6385	Start Umsetzung neues Programm	1. Jan 2019	

5581	Neustrukturierung Asyl umsetzen	Ziel LP	B.3.1.7
	Planungen zu den Unterbringungsstrukturen auf kantonaler Ebene, Umverteilung schutzsuchender Menschen auf die Gemeinden und Vollzugsstrukturen auf kantonaler Ebene sind auf den Betrieb eines Bundesasylzentrums angepasst.		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2017	Soll-Termin 31. Jul 2021
	Amt Amt für Soziale Sicherheit		Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6386	Unterbringungsplanung (inkl. Notfallkonzept) ist vom Regierungsrat genehmigt	30. Jun 2018	
6387	Die Umverteilung der Schutzsuchenden ist angepasst und per 1.1.2019 in Kraft gesetzt	30. Jun 2018	
6388	Die Zusammenarbeit im Bereich MNA in der Asylregion ist geklärt	30. Jun 2018	
6389	Die kantonalen Unterkünfte sind definiert und gesichert	30. Sep 2018	
6390	Die Inhalte der kantonalen Unterbringung sind definiert und im Auftrag ORS abgebildet	30. Sep 2018	
6440	Strukturplanung liegt vor, Umverteilungssystem ist eingeführt und Bundeszentrum ist realisiert	31. Jul 2020	
5588	Familien finanziell entlasten	Ziel LP	B.3.1.8
	Familien sind im Rahmen der Steuervorlage 17 entlastet; Entlastungssysteme für Familien (Zulagen, FamEL, IPV, Fremdbetreuung, Senkung Steuerlast) sind überprüft und optimiert.		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2017	Soll-Termin 31. Jul 2021
	Amt Amt für Soziale Sicherheit		Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6441	Familien sind im Rahmen der Steuervorlage 17 entlastet	31. Jan 2020	
6442	Entlastungssysteme für Familien sind überprüft und optimiert	31. Jul 2021	
5579	Eltern stärken und befähigen	Ziel LP	B.3.1.9
	Das Angebot der Elternbildung ist langfristig gesichert. Die Zuständigkeit und die Finanzierung der Angebote sind geklärt.		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2017	Soll-Termin 31. Jul 2021
	Amt Amt für Soziale Sicherheit		Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6380	Bericht mit Situationsanalyse und Bedarfsnachweis zur Elternbildung und (-unterstützung) ist erstellt	31. Dez 2018	
6381	Anpassung Sozialgesetz ist geprüft	31. Dez 2018	
6443	Familien sind über Unterstützungsangebote informiert und nehmen Hilfe zur Selbsthilfe in Anspruch	31. Jul 2021	
5589	Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung soziale Sicherheit	Ziel LP	B.3.1.10
	Prozess der Aufgabenentflechtung in der sozialen Sicherheit ist abgeschlossen. Aufgabenfelder sind demjenigen zugeteilt, der sie am effizientesten erledigen kann.		
	Status In Arbeit	Start-Datum 1. Nov 2017	Soll-Termin 31. Jan 2021
	Amt Amt für Soziale Sicherheit		Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine Nachweis/Planung
6419	B+E zu Händen Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2018	
6420	Neue Aufgabenverteilung nach Auflösung EL-Verteilschlüssel ist in Kraft gesetzt	1. Jan 2019	
6421	Weitere Optimierung der Aufgabenzuteilung ist geprüft	31. Dez 2019	
6422	Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung ist vollzogen	31. Dez 2020	

5582	Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen	Ziel LP	B.3.2.1
Umsetzung des laufenden kantonalen Aktionsprogramms 17-20 (KAP II) wird abgeschlossen. Angebote/Massnahmen sind auf Suchtprävention abgestimmt. Drittes kantonales Aktionsprogramm 21 – 24 (KAP III)) ist erarbeitet und wird ab 2021 umgesetzt.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017 Soll-Termin 31. Dez 2020
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6391	Konzept für die Organisation der jährlichen Aktionstage Psychische Gesundheit ist überprüft und Organisation geregelt	31. Dez 2018		
6392	Angebote und Massnahmen des KAP II sind auf Abhängigkeiten mit den Angeboten und Massnahmen der Suchtprävention und der Gewaltprävention überprüft und Empfehlungen für (gegenseitige) Anpassungen sind erarbeitet	31. Dez 2019		
6393	Die institutionelle Verankerung der Selbsthilfe als Leistungsfeld im Sozial- und Gesundheitsbereich ist geregelt	31. Dez 2019		
6394	Eingabe KAP III (2021-2024) bei der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz ist erfolgt	30. Sep 2020		
6395	KAP III ist genehmigt und implementiert	30. Nov 2020		

5606	Kantonale Demenzstrategie			
Kantonale Demenzstrategie mit Zielen und Massnahmen erarbeiten (KRB Nr. A 0105/2016).				
Status	In Arbeit Start-Datum 1. Okt 2017 Soll-Termin 31. Dez 2018			
Amt	Amt für Soziale Sicherheit			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6520	Grundlagen kantonale Demenzstrategie sind erarbeitet	30. Apr 2018		
6541	Weiteres Vorgehen auf Basis des Grundlagenberichts ist definiert	30. Jun 2018		

1425	Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten			
Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.				
Status	In Arbeit Start-Datum 1. Jan 2009 Soll-Termin 31. Mrz 2019			
Amt	Amt für Soziale Sicherheit			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5278	Konzept liegt vor	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Erledigt.
5935	Umsetzung Konzept erfolgt	31. Dez 2018		

5341	EL-Verteilschlüssel und Aufgabenverteilung festlegen			
Festlegung eines neuen EL-Verteilschlüssels oder definitive Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton				
Status	Erledigt Start-Datum 1. Dez 2013 Soll-Termin 31. Dez 2018 Ist-Termin 26. Sep 2017			
Amt	Amt für Soziale Sicherheit			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6096	Paritätische Arbeitsgruppe ist eingesetzt	31. Jan 2017	10. Jan 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/53 vom 10. Januar 2017.
5495	Zwischenentscheid Verteilmodell durch RR erfolgt	29. Sep 2017	26. Sep 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/1674 vom 26. September 2017.

5517	Kantonales Integrationsprogramm 2018 - 2021			
Fortsetzung der Integrationsförderung. Programmvereinbarung mit Bund, in Anlehnung an das KIP 2014 - 2017 festgelegt.				
Status	Erledigt Start-Datum 1. Okt 2016 Soll-Termin 31. Dez 2021 Ist-Termin 19. Dez 2017			
Amt	Amt für Soziale Sicherheit			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6121	B+E Zusatzkredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen (Kreditgenehmigung im Rahmen des VA18)	4. Sep 2017	4. Sep 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/1506 vom 4. September 2017.
6123	Programmvereinbarung KIP unterzeichnet	31. Dez 2017	19. Dez 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/2160 vom 19. Dezember 2017.

5511 Zusätzlicher Auftrag im Rückkehrbereich für Bundesasylzentrum "im Schachen"

Das Migrationsamt wird für den Rückkehrbereich des im Rahmen der Neustrukturierung des Asylverfahrens errichteten Bundesasylzentrums zuständig sein. Somit fallen zusätzlich die Aufgaben der Rückkehrberatung sowie des Wegweisungsvollzugs an.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **1. Mrz 2019**

Amt **Migrationsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6243	Grobkonzept ist erstellt	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Erledigt
6244	Detailkonzept ist erstellt	31. Dez 2018		
6246	Geschäftsprozesse sind implementiert	1. Mrz 2019		

5571 Wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter entwickeln

Ziel LP

B.3.3.1

Etablieren eines interkantonalen Datenaustauschs im Verbund mit anderen Kantonen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2017** Soll-Termin **30. Jun 2020**

Amt **Polizei**

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6360	Konzeptentwurf liegt vor	31. Mai 2018		
6361	Entscheid Departement über Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung	31. Aug 2018		
6362	B+E zuhänden Kantonsrat zum Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung ist beschlossen	30. Sep 2018		
6363	KRB zur interkantonalen Vereinbarung	31. Dez 2018		
6431	Inbetriebnahme des Analysetools PICAR	30. Jun 2020		

5572 Prävention optimieren – Sicherheitsvertrauen stärken

Ziel LP

B.3.3.2

Massnahmen sind in einem Präventionskonzept erarbeitet und umgesetzt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2017** Soll-Termin **31. Dez 2019**

Amt **Polizei**

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6364	Präventionskonzept erstellt	31. Dez 2018		
6365	Präventionskonzept umgesetzt	31. Dez 2019		

5573 Subjektive Sicherheit stärken und objektive Sicherheit erhöhen

Ziel LP

B.3.3.3

Die Polizei orientiert sich in ihrer Organisation und ihrem Handeln an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft, um unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Ressourcen eine hohe subjektive und objektive Sicherheit zu gewährleisten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2017** Soll-Termin **30. Jun 2020**

Amt **Polizei**

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6366	Kleine Organisationsanpassung (Einsatz der zusätzlichen Personalressourcen gem. KR-Entscheid)	30. Jun 2018		
6367	Erarbeiten einer Postenstrategie	31. Mrz 2019		
6368	Inbetriebnahme des neuen Regionenpostens in Grenchen	31. Mrz 2019		
6369	Inbetriebnahme des neuen Polizeipostens in Derendingen	31. Mrz 2020		
6432	Kriminalitätsbelastung (STGB-Delikte)/1'000 EW im Durchschnitt 2017-2020 < 2013-2016 (<61.4)	31. Mrz 2021		

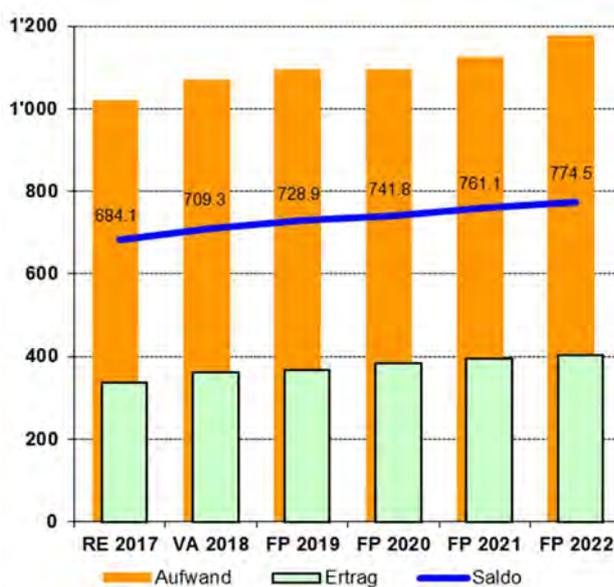
5574	Sicherheit im Strassenverkehr verbessern	Ziel LP	B.3.3.5	
Die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgt risiko- und unfallursachenorientiert und unter Verwendung moderner Technik. Die Verkehrsunfälle der Jahre 2017-21 liegen im Durchschnitt tiefer als im Jahr 2016.				
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017 Soll-Termin 31. Dez 2021	
Amt	Polizei	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6433	Zahl der Verkehrsunfälle 2017 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mrz 2018	6. Mrz 2018	2017: 1295 Unfälle
6370	Umsetzen des neuen Radarkonzepts (2013-2016)	31. Dez 2018		
6434	Zahl der Verkehrsunfälle 2018 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mrz 2019		
6371	Repressive und präventive Schwerpunktsetzung gestützt auf die Analyse der Unfallursachen und Unfallörtlichkeiten	31. Dez 2019		
6435	Zahl der Verkehrsunfälle 2019 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mrz 2020		
6436	Zahl der Verkehrsunfälle 2020 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mrz 2021		

5398	Ersatz Aussenschiessanlage Leuental Oensingen			
Ersatz Aussenschiessanlage Leuental Oensingen, da Lärmvorschriften der bisher verwendeten Aussenschiessanlage Leuental in Oensingen nicht mehr eingehalten werden können (Messung AfU). Gemeinde Oensingen zieht Schliessung in Erwägung.				
Status	In Arbeit Start-Datum 1. Mai 2014 Soll-Termin 31. Dez 2018			
Amt	Polizei			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5884	Neukonzeption Projekt liegt vor	30. Nov 2016	30. Okt 2016	Realisierung braucht eine Zonenplanänderung (Sport- und Freizeitzone in Zone für öffentliche Anlagen und Bauten). Behandlung durch Gemeinderat Zuchwil bis Ende 2016. Ein Baugesuch wird frühestens im 3./4.Quartal 2017 eingereicht werden können.
5721	Antwort der Gemeinde zu Konzept liegt vor	30. Jun 2017	31. Dez 2016	Geschäft wurde am 01.12.2016 im Gemeinderat behandelt und ohne Gegenstimme genehmigt. Gemeinde nimmt Arbeiten zur Umsetzung der Zonenplanänderung an die Hand.
6302	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Dez 2018		

5091	Modernisierung Alarmzentrale / Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)			
Modernisierung der Alarmzentrale (AZ).				
Status	Erledigt Start-Datum 19. Dez 2011 Soll-Termin 31. Mrz 2018 Ist-Termin 19. Mrz 2018			
Amt	Polizei			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5515	Umsetzungsentscheid durch Regierungsrat	30. Sep 2013	13. Aug 2013	Auftrag zur Erarbeitung von B+E zuhanden Kantonsrat erteilt (RRB Nr. 2013/1472 vom 13. Aug. 2013).
5500	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mrz 2015	28. Apr 2015	RRB Nr. 2015/702 vom 28. Apr. 15. KRB SGB 0054/2015 vom 3. Nov. 2015 (ohne Redundanz Kt. AG).
6046	Infrastruktur (Bau) abgeschlossen	31. Dez 2016	30. Nov 2016	Erledigt
5786	Erneuerte Alarmzentrale in Betrieb	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Erledigt.
6354	Schlussabrechnung ist erstellt (RRB)	31. Mrz 2018	19. Mrz 2018	Erledigt.

Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	180.2	187.4	189.8	190.7	191.4	191.5
Ertrag	-29.3	-32.1	-33.5	-34.0	-34.1	-34.1
Globalbudgetsaldo	150.9	155.3	156.3	156.7	157.3	157.4
Verrechnungen	29.5	28.7	29.9	29.9	29.9	29.9
Saldo	180.3	184.0	186.1	186.6	187.2	187.3
Finanzgrössen						
Aufwand	839.1	881.5	905.2	933.0	962.1	985.2
Ertrag	-308.2	-329.2	-334.4	-349.8	-360.2	-370.0
Verrechnungen	-27.2	-27.0	-28.0	-28.0	-28.0	-28.0
Saldo	503.8	525.3	542.8	555.2	573.9	587.2
Saldo total	684.1	709.3	728.9	741.8	761.1	774.5



Der Finanzplan 2019 weist gegenüber der Rechnung 2017 eine Aufwandsteigerung von +44,7 Mio. Fr. aus. Die Hauptgründe liegen bei der Gesundheit +34,5 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG +37,5 Mio. Fr., Ärztliche Weiterbildung +2,4 Mio. Fr., Krebsregister +0,6 Mio. Fr., GB Gesundheitsversorgung -6,1 Mio. Fr.), bei der Sozialen Sicherheit +4,1 Mio. Fr. (GB Soziale Sicherheit +4,6 Mio. Fr., insbesondere Integration/KIP ab 2018 im Globalbudget, vorher in Finanzgrösse, EL für AHV/IV/Familie +3,9 Mio. Fr., Behinderung +3,0 Mio. Fr., Pflegekostenbeitrag +1,1 Mio. Fr., Prämienverbilligung -9,2 Mio. Fr.) und bei der Öffentlichen Sicherheit +6,2 Mio. Fr. (GB Migration +2,8 Mio. Fr., GB Polizei +2,6 Mio. Fr.). Die hauptsächlichen Gründe der Aufwandsteigerung von +19,5 Mio. Fr. des Finanzplans 2019 gegenüber dem Voranschlag 2018 liegen bei der Gesundheit +9,7 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG +10,0 Mio. Fr.), der Sozialen Sicherheit +4,5 Mio. Fr. (Prämienverbilligung +3,8 Mio. Fr., Pflegekostenbeitrag 0,3 Mio. Fr.) und bei der Öffentlichen Sicherheit +5,2 Mio. Fr. (Migration +2,8 Mio. Fr., Polizei +1,2 Mio. Fr., Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug +1,0 Mio. Fr.). Die Aufwandsteigerungen ab 2020 begründen sich durch höhere Kosten bei der Gesundheit (Spitalbehandlungen gemäss KVG) und der Sozialen Sicherheit (Prämienverbilligung).

Investitionsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total						
Ausgaben	2.7	4.4	3.7	4.8	5.3	3.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	4.4	3.7	4.8	5.3	3.8



Die Nettoinvestitionen des Ddl betreffen nur die Polizei Kanton Solothurn. Sie beinhalten im Finanzplan 2019 Investitionen in die elektronische Verkehrsüberwachung (0,9 Mio. Fr., davon 0,4 Mio. Fr. Ersatz Rotlichtanlagen Olten und Derendingen), die technische Infrastruktur (1,7 Mio. Fr.), Bauten (0,5 Mio. Fr. Schwerverkehrszentrum) sowie Funkanlagen (0,6 Mio. Fr.). Der Voranschlag 2018 enthält weniger Investitionen im Bereich elektronische Verkehrsüberwachung (0,7 Mio. Fr.) sowie mehr Investitionen in den Bereichen Material/Bauten (0,7 Mio. Fr.) und technische Infrastruktur (0,7 Mio. Fr.). Die Erhöhung in den Jahren 2020 und 2021 betreffen Investitionen für die Erneuerung Polycom (1,5 Mio. Fr.).

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Haus- und Landwirtschaftsschule Wallierhof und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit der Stiftungsaufsicht und dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle sowie die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Attraktivität zum Leben und Investieren stärken

- 1.2.1 Für Innovationsförderung und Wachstumsimpulse sorgen
- 1.2.2 Ländlichen Raum stärken
- 1.2.3 Liegenschaften im Finanzvermögen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen
- 1.2.4 Standortentwicklung und -Promotion fördern
- 1.2.5 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.3 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen optimieren

- 1.3.1 Aufgabenentflechtung Kanton - Einwohnergemeinden (AFE) vornehmen
- 1.3.2 Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen neu gestalten

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

- 2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern
- 2.1.3 Wertvolles Kulturland (Fruchtfolgeflächen) erhalten

2.3 Effizienten Einsatz von Energie fördern

- 2.3.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.4 Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im Falle einer besonderen oder ausserordentlichen Lage (Katastrophe, Notlage) neu regeln.

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Für die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit benötigt der Kanton eine breit abgestützte, strukturell und regional ausgewogene Wirtschaft, welche für eine hohe Beschäftigung und den Wohlstand sorgt. Die Stellensuchenden sollen rasch und dauerhaft (wieder) in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Die leistungsfähige und innovative Wirtschaft soll jedem Individuum unserer Gesellschaft die Möglichkeit bieten, seine Existenz mit einer seinen Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandort Solothurn will seine Innovationskraft und Nachhaltigkeit u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung, Forschung und Wirtschaft stärken. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen stetig verbessert und an die nationalen und internationalen Herausforderungen angepasst werden. Auf diese Weise soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert und ausgebaut werden, die Wertschöpfung und die Wirtschaftsdynamik erhöht und ein hoher Beschäftigungsgrad erreicht werden. Aktuelle Megatrends der Wirtschaft werden im Kanton Solothurn aufgenommen und adäquat verfolgt.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen. Die Arbeiten zur Entflechtung von Aufgaben und Finanzen zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden werden im Verlauf des Jahres 2018 unter Federführung des Volkswirtschaftsdepartements aufgenommen. Als erstes gilt es den Projektverlauf und die einzelnen Projektziele zwischen den beiden Akteuren abzustimmen.

Die öffentliche Vernehmlassung sowie die Beschlussfassung des Kantonsrates der Gesetzesvorlage über die Neugestaltung des Finanzausgleichs Kirchen soll im Jahr 2018 erfolgen. Die Inkraftsetzung dieser Reform, welche sich an der Logik des neuen Finanz- und Lastenausgleichs für die Einwohnergemeinden orientiert, ist auf das Jahr 2020 vorgesehen.

Nach Abschluss der flächendeckenden Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2 bei den Einwohnergemeinden im 2017 ist die Einführung von HRM2 bei den Bürger- und Kirchgemeinden bis 2021 anzugehen. Dazu wird vom Regierungsrat eine Projektorganisation zwischen Kanton, Bürgergemeindeverband (BWSO) und Kirchenvertretern (SIKO, Kirchgemeinden) eingesetzt. Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei basiert auf dem Globalbudget 2017 – 2019 und dieses wiederum auf den Programmvereinbarungen 2016 – 2019 mit dem Bund. Neue Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen wurden keine aufgenommen. Als Folge der Änderungen der Waldgesetzgebung des Bundes drängt sich eine Aktualisierung der kantonalen Waldgesetzgebung auf. In der Legislatur 2018 – 2021 erfolgt zudem die Neuverpachtung der Fischerei- und Jagdreviere. Ebenso ist ein Folgeprogramm „Biodiversität im Wald 2021 – 20xy“ mit entsprechendem Verpflichtungskredit vorzulegen.

Die Aufgaben des Amtes für Landwirtschaft basieren auf dem Globalbudget für die Jahre 2018 – 2020. Mit Ausnahme der Erweiterung des Aufgabenbereiches im Veterinärdienst wurden keine neuen Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen aufgenommen. Sowohl die Aufgaben der Produktgruppe Agrarpolitische Massnahmen wie auch jene des Veterinärdienstes umfassen hauptsächlich den Vollzug von Vorgaben des Bundes. Im Bildungsbereich können nach Abschluss der Um- und Ersatzbauten im landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Demonstrationsbetrieb die neuen Möglichkeiten, die die Bauten bieten, in die Aus- und Weiterbildung integriert werden.

Der IAFP im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz basiert auf dem Globalbudget 2016 – 2018. Die Umsetzung der Gefahren- und Risikoanalyse läuft. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln wird eine hohe Einsatzbereitschaft des Verbundsystems Bevölkerungsschutz sichergestellt.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Ein seither mit dem Kanton Aargau ausgehandelter Anschlussvertrag zur Übertragung der Aufgaben der BVG-Aufsicht an die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Aargau (BVSA) wurde vom Kantonsrat genehmigt. Der Grosse Rat des Kantons Aargau hat den Anschlussvertrag ebenfalls genehmigt. Nach Genehmigung des Geschäfts durch beide Räte ging die BVG-Aufsicht am 1. Januar 2018 an die BVSA über. Die Aufsicht über die klassischen Stiftungen wird seit dem 1. Januar 2018 durch die kantonale Verwaltung wahrgenommen. Die rechtlich selbständige Anstalt BVG- und Stiftungsaufsicht wurde am 31. Dezember 2017 aufgelöst.

Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird mit angemessener Zurückhaltung im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein gepflegt.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

5495 Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz: Brandverhütung und Feuerungsanlagen

Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG):

- Anpassen des Gesetzes an die Bundesgesetzgebung (Aufhebung des Kaminfegermonopols)

Inkraftsetzen per 01.01.2018

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **30. Jun 2018** Ist-Termin **1. Jan 2018**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6032	Schlussredaktion B+E für Vernehmlassung	2. Mai 2016	2. Mai 2016	
6031	Antrag an RR für Vernehmlassungsverfahren	30. Jun 2016	30. Jun 2016	
6033	Vernehmlassungsverfahren	30. Nov 2016	30. Sep 2016	
6034	Behandlung durch den Kantonsrat	30. Jun 2017	31. Mai 2017	
6035	Inkrafttreten	1. Jan 2018	1. Jan 2018	
6036	Nacharbeiten / Abschluss	30. Jun 2018	1. Jan 2018	

5440 Totalrevision Gebäudeversicherungsgesetz (GVG)

Totalrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes (GVG):- Strukturelle und sprachliche Vereinfachung des Gestzestextes- Modernisierung des Gesetzestextes- Abdecken der Bereiche: Versicherung, Brandschutz, ESP und Feuerwehr- Inkraftsetzen per 01.01.2018

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **30. Jun 2018**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Kategorie **Planung
Gesetzgebung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5840	Vorbereitung (Phase1)	24. Aug 2015	24. Aug 2015	
5841	Ausarbeiten 1. Entwurf (Phase 2)	31. Mai 2016		Projekt sistiert und in die zwei neuen Projekte 5494 und 5495 aufgeteilt.

5494 Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz

Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes: dringende Anpassungen; insbesondere Anpassung an die per 1. Januar 2019 einzuführende neue IT-Plattform GemDat Rubin.

Status **In Arbeit** Start-Datum **2. Nov 2017** Soll-Termin **1. Jan 2019**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6038	Ausarbeiten 1. Entwurf	14. Dez 2017	14. Dez 2017	
6039	Mitberichtsverfahren	20. Mrz 2018	20. Mrz 2018	
6041	Vernehmlassungsverfahren	24. Jul 2018		
6470	Auswertung Vernehmlassung	24. Sep 2018		
6042	Behandlung durch den Kantonsrat	11. Dez 2018		
6043	Inkrafttreten	1. Jan 2019		
6044	Nacharbeiten / Abschluss	1. Jan 2019		

5411 Teilrevision Energiegesetz: MuKen 2014

Teilrevision Energiegesetz: Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn 2014). Wichtigstes Ziel ist, dass die Umsetzung der Energiepolitik in den Kantonen möglichst einheitlich erfolgt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2015** Soll-Termin **31. Jan 2019**

Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5745	Ausarbeitung 1. Entwurf	1. Aug 2016	31. Aug 2016	
5746	Mitberichtsverfahren	16. Sep 2016	27. Sep 2016	
5747	Vernehmlassungsverfahren	23. Dez 2016	31. Dez 2016	
5748	Auswertung Vernehmlassung	31. Mai 2017	23. Mai 2017	
5749	Behandlung durch Kantonsrat	15. Nov 2017	31. Jan 2018	
5750	Volksabstimmung	30. Jun 2018		
5751	Inkrafttreten	1. Jan 2019		
5752	Nacharbeiten / Abschluss	31. Jan 2019		

181 Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden

Neues Rechnungslegungssystem

Status **Erledigt** Start-Datum **14. Dez 2010** Soll-Termin **31. Dez 2017**

Amt **Amt für Gemeinden**

Ist-Termin **31. Dez 2017**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	31. Jan 2010	
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept	30. Jun 2012	27. Aug 2012	
675	Phase 2 - Gesetzgebung	31. Dez 2014	31. Okt 2014	
676	Phase 3- Technik / Schulung	31. Dez 2016	31. Dez 2016	
5703	Phase 4 - Gemeindefinanzstatistik (HRM2-Gefin)	31. Dez 2017	31. Dez 2017	
677	Phase 5 - Produktivsetzung	31. Dez 2017	1. Jan 2018	

5350 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden

Neuer Finanzausgleich der Kirchgemeinden unter Anlehnung der Funktionsweise an die des NFA SO bei den Einwohnergemeinden; Deckelung der Zuweisung aus der Finanzausgleichssteuer auf 10 Mio. Franken indexiert.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mrz 2015** Soll-Termin **1. Jan 2020**

Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5585	Vernehmlassung	30. Sep 2018		
5588	Behandlung durch Kantonsrat	31. Dez 2018		
5589	Volksabstimmung	30. Apr 2019		
5586	Erarbeitung Verordnung und Umsetzung	30. Apr 2019		
5590	Inkrafttreten	1. Jan 2020		

5362 Totalrevision Jagdgesetz

Totalrevision des Jagdgesetzes aus dem Jahre 1988.

Status **Erledigt** Start-Datum **15. Mrz 2014** Soll-Termin **31. Mrz 2018** Ist-Termin **1. Jan 2018**

Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Kategorie **Planung
Gesetzgebung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5612	Mitberichtsverfahren	26. Mai 2015	26. Mai 2015	
5614	Auswertung Vernehmlassung	15. Jan 2016	15. Jan 2016	
5615	Behandlung im RR mit Verabschiedung an KR	1. Jul 2016	11. Jul 2016	teilweise sistiert; vgl. dazu RRB 2016/357 vom 1. März 2016
5616	Vorberatung Sachkommission	1. Okt 2016	18. Aug 2016	
5617	Vorberatung Finanzkommission	1. Okt 2016	14. Sep 2016	
5618	Behandlung durch Kantonsrat	1. Nov 2016	9. Nov 2016	
5620	Inkrafttreten	1. Jan 2018	1. Jan 2018	

5558 Evakuierung und Notkommunikation Kanton Solothurn

Erarbeitung eines Evakuierungs- und Notkommunikationskonzepts für den Kanton Solothurn und damit Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

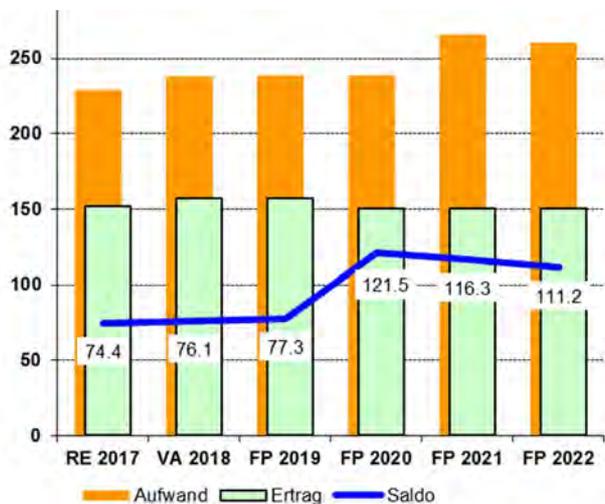
Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Dez 2019**

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6289	Initialisierung	31. Jan 2017	31. Jan 2017	
6290	Voranalyse	1. Mrz 2017	1. Mrz 2017	
6291	Evaluation / Konzept / Projekt	31. Dez 2018		
6292	Implementation / Realisierung / Ausführung	30. Jun 2019		
6293	Einführung / Inbetriebnahme	30. Sep 2019		
6294	Abschluss	31. Dez 2019		

Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	136.8	141.2	143.6	143.6	143.6	143.6
Ertrag	-113.8	-117.1	-118.7	-118.7	-118.7	-118.8
Globalbudgetsaldo	23.0	24.0	24.9	25.0	24.9	24.8
Verrechnungen	7.5	7.2	7.5	7.5	7.4	7.4
Saldo	30.5	31.2	32.4	32.5	32.3	32.2
Finanzgrössen						
Aufwand	92.1	96.7	93.3	125.5	120.4	115.4
Ertrag	-37.7	-39.8	-37.0	-30.2	-30.2	-30.2
Verrechnungen	-10.4	-12.1	-11.5	-6.3	-6.3	-6.3
Saldo	43.9	44.8	44.9	89.0	83.9	79.0
Saldo total	74.4	76.1	77.3	121.4	116.3	111.2



Der Globalbudgetsaldo bleibt verglichen mit dem Voranschlag 2018 praktisch unverändert. In den Finanzgrössen beim Finanzausgleich Gemeinden und Kirchgemeinden wirkt sich ab 2020 die Steuervorlage 17 aus.

Investitionsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Total						
Ausgaben	4.5	6.3	7.3	6.6	6.6	6.6
Einnahmen	-2.3	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
Nettoinvestitionen	2.3	2.8	3.9	3.2	3.2	3.2
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.0	0.6	0.7	0.0	0.0	0.0
Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.3	2.2	2.6	2.6	2.6	2.6



Im IAFP 2019 – 2022 gibt es gegenüber dem Budget 2018 keine wesentlichen Abweichungen.

Die Schwankungen bei den Investitionen kommen aufgrund von unregelmässig anfallenden Investitionsbeiträgen zustande. Beim Finanzausgleich Einwohnergemeinden sind dies altrechtlich gesprochene Subventionsbeiträge an Schulhausbauten.

Bei der Landwirtschaft laufen befristete Kürzungen aus dem Massnahmenplan 2014 aus. Deshalb erhöhen sich die Investitionen ab 2019.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung und Beschwerden betreffend Grundeigentümerbeiträge.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

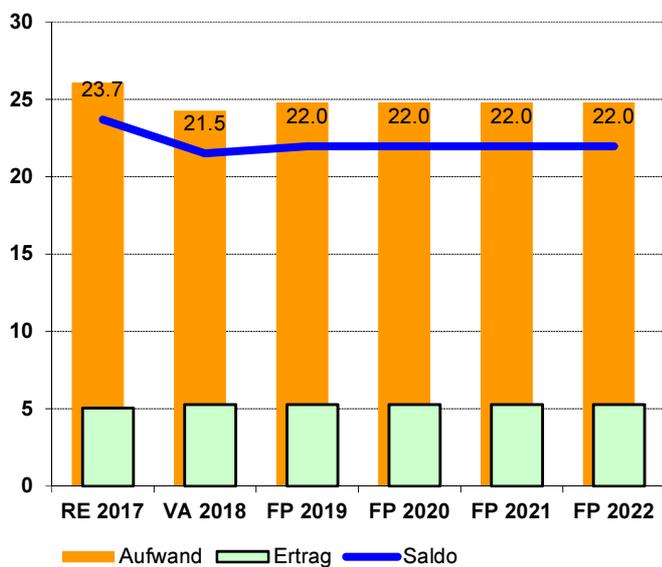
7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2017	VA 2018	FP 2019	FP 2020	FP 2021	FP 2022
Globalbudgets						
Aufwand	21.7	20.5	21.0	21.0	21.0	21.0
Ertrag	-4.9	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	16.9	15.4	15.9	15.9	15.9	15.9
Verrechnungen	2.7	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	19.6	17.9	18.4	18.4	18.4	18.4
Finanzgrössen						
Aufwand	4.3	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.1	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	23.7	21.5	22.0	22.0	22.0	22.0



Abgesehen von zwei kleinen Abweichungen bei den Aufwänden von insgesamt 0,5 Mio. Franken wurde die Budgetierung mit Vorjahreswerten weitergeführt.

Amt für Finanzen
4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

*Amt für Finanzen
Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
Telefax 032 627 22 71*